

Wochenschrift für den gesamten Osten
7. OKT. 1933

W O C H E N S C H R I F T

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal Bezug: Durch die Post vierzehntäglich, 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeilspalte, Seite 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anchluss an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 41.

Berlin, 6. Oktober 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 429: Minderheitenrechte — Minderheitenrecht und Völkervertrag. / S. 430: Volkstumswesen im Osten. / S. 431: Verhältnisse zwischen Tschechien und Polen? — Politik und seine Freunde. / S. 432: Bevölkerung und Völkervereinigung in Tschechien. — Die Bedeutung des Ostens in Ostpreußen. / S. 433: Der deutsch-polnische Grenzstreifen. / S. 434: Der polnische Westrand in Ostpreußen. / S. 435: Schriftliche Vorklagen: Zillertal — Zillertal. / S. 436: Grenzfragen. / S. 437: Volksstumswesen im Osten. / S. 438: Bevölkerung und Völkervereinigung in Tschechien. — Die Bedeutung des Ostens in Ostpreußen. / S. 439: Volksstumswesen im Osten. — Streitigkeiten bei S. 438.

Arbeitsabkommen zwischen Kampfband für deutsche Kultur und Bund Deutscher Osten.

Im Bewußtsein, daß die eigene Arbeit nicht Selbstzweck ist, sondern ausschließlich dem höheren und größeren Aufbau von Nation und Staat zu dienen hat, schließen der Kampfband für deutsche Kultur und der Bund Deutscher Osten ein Abkommen ab, das die Arbeit beider Organisationen auf den Gebieten gemeinsamen Interesses zu organischer Abgrenzung bringt, kraftvollerer Doppellarbeit ausführt und dem Gedanken der gegenseitigen Stärkung die organisatorische Grundlage gibt.

1. Die Bundesführer des R. f. d. O. und des BDO berufen in ihre Verbandsorgane je 2 Mitglieder der Bundesführung des anderen Verbandes. Die Bundesorgane beider Verbände oder auf ihren Wunsch ihre Stellvertreter werden Mitglieder der Landesführung des betreffenden anderen Verbandes.
2. In der Frage der Volksbodenarbeit wird beschlossen, daß in den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Nieder- und Ober Schlesien, in den Regierungsbezirken Sankt-Johannis und Köslin, in den bayerischen Grenzgebieten und im sächsischen Grenzland ausschließlich dem BDO die Gründung und der Betrieb neuer, hier die Übernahme oder Fortsetzung aller Volksbodenstellen oder ähnlicher Einrichtungen obliegt, während in allen übrigen Teilen des Reiches hierfür der R. f. d. O., wenn erforderlich, die Vorbereitung übernimmt.
3. Gründung, Übernahme und Betrieb von Kindergärten, -horten und Kindertagesstätten ist in den oben genannten Gebieten Sache des BDO.
4. Das Theaterwesen, das Konzertwesen und die künstlerische Gestaltung des Ganzen liegt auch in den oben genannten Grenzgebieten Angelegenheit des R. f. d. O.; die Einbeziehung von Musik, Volkstanz

und Volkstanz in Orts- oder Landesveranstaltungen des BDO wird hierdurch jedoch nicht berührt.

5. Die Pflege und wissenschaftliche Unterfuchung von Volksbräuten und die Vengungslung von Kresten ist in den oben genannten Gebieten Sache des BDO, im übrigen Reich Angelegenheit des R. f. d. O. bzw. der mit ihm arbeitenden Verbände.
- Die gleiche Regelung gilt für die Übernahme, Pflege oder Neugründung von Mäusen. Für das kommende „Deutsche Volksmuseum“ übernimmt der BDO die Regierung der Seite, die den genannten Gebieten gewidmet sind, der R. f. d. O. die des gesamten übrigen Reichsgebietes.
6. Schriften und Kunst der Grenzländer werden von R. f. d. O. und BDO in gleichem Maße gepflegt, um diesen weiteste Verbreitung zu sichern, die durch organisatorische Förderung begünstigt würde. Schriften- und Kunstausstellungen werden im Rahmen allgemeiner Ausstellungen vom BDO, als Sonderausstellungen von beiden Verbänden gemeinsam veranstaltet.
7. Das Grenzlandbüchereiwesen wird für die genannten Gebiete vom BDO in Verbindung mit dem Grenzländerdienst und Bildungsstelle S. O. und den jeweiligen Führerberatungsstellen, in Schlesien-Hallein und dem Sauerland vom R. f. d. O. mit diesen Stellen bzw. der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums geregelt.

Berlin, den 3. Oktober 1933.
gez. H. Rojewberg. gez. Franz Lüdtke.
gez. Franz Lüdtke. gez. Eugen Otto Eble.

Minderheitenrecht und Judenfrage.

In der Minderheitenfrage ist eine vollkommen neue Situation im Entstehen. Der Anstoß hierzu geht von zwei Seiten aus, von Deutschland sowohl wie von seinen Gegnern. Was zunächst den Vorkoß der Gegenseite anlangt, so scheint man dort die Zeit für gekommen zu halten, Deutschland weitestgehende internationale Bindungen hinsichtlich der Behandlung seiner transnationalen Volksgruppen gegenüber. Vor allem Polen hat sich schon mehrfach in dieser Richtung verhalten; es hat mit nachdringlichem Nachdruck die These vertreten, daß die für die Erb- und Rechtsfragen zwischenstaatlich geltenden Minderheitenrechte veraltet seien, d. h. auf sämtliche Staaten ausgedehnt oder, falls das abgelehnt werden sollte, überhaupt abgeschafft werden müßten, da der gegenwärtige Zustand eine auf die Dauer unersichtliche „Diskriminierung“ der betreffenden Staaten darstelle. Die Erfüllung der Polen schrift in dieser Frage nicht ganz einseitig zu sein. Einerseits stellen sie sich nämlich auf den Standpunkt, daß die Schutzverträge vom 28. Juni 1919 nicht als Dauerinstitution, sondern allgemein nur als Zwischenlösung gedacht gewesen seien, dazu bestimmt, den durch die Grenzhebungen der Pariser Vorkordikate unter die Hoheit der neu geschlossenen Staaten gekommenen fremdnationalen Gruppen den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern. — Einseitig streben sie also danach, sich selbst von den ihnen zugewandten der nationalen Minderheiten ihres Staates auferlegten Bindungen zu befreien. Andererseits möchten sie aber auch gerne, daß Deutschland die gleichen Verpflichtungen auferlegt werden, weil sie dann eine Handhabe zu besitzen glauben, Deutschland durch fortgesetzte Klagen vor dem Genfer Forum internationale Schwierigkeiten machen zu können. Sie

haben im Laufe der letzten Jahre viele mehrfach verlost, in Genf „Klagen“ gegen Deutschland zur Sprache zu bringen, die sich auf polnische Gruppen in solchen Landesteilen bezogen, die einem international garantierten Minderheitenrecht nicht unterliegen. Sie haben sich jedesmal eine glatte Wüste geböhrt, da sich der Völkerverbund wohl oder übel für nicht zuständig erklären mußte. Doch diese Polenunzufriedenheiten bezüßeln der nächstverfügbaren Polen Deutschlands loszulassen würden, hat man auf polnischer Seite natürlich von vornherein gemußt. Aber es kam den Polen ja auch nur darauf an, durch die Vorkbringung derartiger „Klagen“ in Völkerverbundskreisen den Eindruck zu erwecken, daß eine Ausdehnung des internationalen Minderheitenrechtes auf Deutschland über die Bestimmungen des Genfer Oberflächeneinkommens hinaus notwendig sei.

Die dahingehenden Bestrebungen der Polen bei der Vorbereitung der jetzigen Völkerverbundtagung verlorst; freilich der Wenden nahm Polen sich an und ihre Regierung ließ durch die „Akademische Gesellschaft der Freunde der Wenden“ in Warschau zum Sekretariat des Völkerverbundes eine Denkschrift einreichen, in der die Einbeziehung dieser angeblich bedrängten nationalen Minderheiten in den Minderheitenvertrag des Völkerverbundes verlangt wird. Auf der Völkerverbundtagung selbst ist man dann im vollen Angriff übergegangen. Zunächst wurde die Regierung von Haiti — ausgerechnet die Regierung eines überflüssigen, der an europäischen Minderheitenfragen überhaupt kein Interesse besitzen kann — in die Arena geführt, um eine Neuregelung des internationalen Minderheitenrechtsschutzes in Vorschlag zu bringen. Und dann griff auch Polen

Wilhelm Ruhe — Oberführer der SS.

Oberpräsident und Gauleiter, Staatsrat Wilhelm Ruhe, M. d. L., wurde zum Oberführer der SS ernannt. Aus diesem Anlaß richtete der Bund Deutscher Osten folgendes Glückwunschtelegramm an Pg. Ruhe: Dem Schirmherrn des WDO herzlichste Glückwünsche zur Ernennung zum Oberführer der SS.

Heil Hitler! Dr. Lüdtke. Dr. Thiele.

Berlin, den 3. Oktober 1935.

Daraufhin ist folgende Antwort eingegangen:

Lieber Herr Parteigenosse Dr. Lüdtke!

Ihnen und dem Parteigenossen Herrn Dr. Thiele danke ich herzlich für die freundlichen Glückwünsche aus Anlaß meiner Ernennung zum Oberführer der SS. Sie haben mir damit eine große Freude bereitet.

Mit deutschem Gruß und Heil!

Ihr sehr ergebener W. Ruhe.

Jelbst, das auf der Gegenseite in der Hauptbeteiligte ist, in die sich einflussreichen Auseinandersetzungen ein; sein Verstoß gibt dahin, die Minderheitenbestimmungen, Polens, Estlands, Lettlands ufm. außer Kraft zu setzen und an deren Stelle ein internationales Abkommen zu treffen das Inhabts, daß alle Bürger eines Staates vor dem Gesetz gleich sind und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterscheid von Rasse, Religion und Sprache genießen. Selbstverständlich liegt diesem Antrag weniger die Absicht zugrunde, etwa Abzutreten, das in seinen Grenzen immerhin einige Millionen Angehörige fremden Volkstums, Deutsche und Slawen, Ungarn und Polen, Bretonen, Katalanen und Polen „beherbergen“, durch ein internationales Minderheitenabkommen Schwierigkeiten zu machen. Sondern die Absicht ist, sich auf dem Gebiete der Minderheitenpolitik eine breitere Aktionsbasis gegen Deutschland zu schaffen. Dieser Gedanke ist gegenwärtig auch im Westen Europas verflochten, jedoch, und zwar im Hinblick vor allem auf die jüdische Frage. Auf die Gegenseite, die diesen Vorstoß gegen Deutschland in der Minderheitenpolitik insondant hat, hat die Erklärung zur Minderheitenfrage, die der deutsche Vertreter Gelandner von Keller abgab, ohne Zweifel überraschend gewirkt. Denn Deutschland ist in einer Verallgemeinerung der Minderheitenpolitik überhaupt durch die Welt, und in der Welt, und in allen europäischen Staaten, vor allem auch den Westmächten, dieselben Verpflichtungen zugunsten ihrer fremdnationalen Bevölkerungsstellen auferlegt werden. Deutschland wünscht, daß endlich einmal die Minderheitenfrage vor dem Völkerbunde grundsätzlich aufgelöst wird und daß man sich in demselben nicht mehr bis zum letzten befleißigt, einzelne Beschwerden in einem völlig unzureichenden Verfahren zu regeln.

Darauf aber wird von Deutschland entschieden Wert gelegt, daß Minderheitenrecht und Judenfrage nicht, wie es von der Gegenseite offensichtlich beabsichtigt ist, in einem Topf gemorren werden. Schon im März d. J. setzten derartige Bestrebungen ein. Auf der Tagung des Völkerbundes am 2. September 1934 in Genf, die dem ersten Anlaß der deutschen Judenfrage veranlaßt, demnächst sich der Zionistenkongress in Prag, die Weltöffentlichkeit gegen die deutsche Außenpolitik zu mobilisieren. Auf dem Kongress der europäischen Minderheiten in Bern erfolgte ein neuer Vorstoß in dieser Richtung, als dort die jüdischen Volksgruppen die Annahme einer die deutsche Haltung der Judenfrage vorurteilende Entschließung verlangten. Und jetzt geht das Bestreben dahin, die Völkerbewegungen in ganz Deutschland zu insondieren, indem Deutschland internationale Minderheitenabkommensverpflichtungen auferlegt und die Juden in Deutschland als nationale Minderheit anerkannt werden, mit dem Recht, den Schutz des Völkerbundes in Anspruch zu nehmen.

Dazu muß zunächst einmal festgestellt werden, daß das, was in Deutschland mit den Juden geschieht, das vollkommen Gegenteil von dem ist, was sonst in allen Ländern mit den nationalen Minderheiten geschieht. Das Ziel der deutschen Außenpolitik ist die Assimilation, d. h. die Ausgliederung eines andersartigen, fremdrolligen Bevölkerungssteiles aus dem deutschen Volkskörper. Das kann aber nicht ein Gegenstand des internationalen Minderheitenrechtes sein. Dessen Aufgabe ist es vielmehr, die Assimilation zu verhindern, d. h., er hat dort einzugreifen, wo einer nationalen Minderheit die ihrem Volkstum entsprechende Rechte verweigert werden, sprachlich, religiös und sonstigen Gebiete von dem Staatsvolke entfernt oder unmöglich gemacht wird. In Deutschland werden den Juden nirgends Schmierigkeiten auf diesem Gebiete bereitet. Im Gegenteil: Deutschland ist gerade bestrebt, den Juden das zu geben, worum die nationalen Minderheiten in anderen Staaten, wie in Polen in der „Schlesienfrage“ viel, verweigert und verweigern können. Die Gründung und beherrschende Stellung des „Judenlandes“ in Palästina, die „Juden in Judaea“ ist ein sprechender Beweis dafür. Dr. Goebbels hat in seiner Gänse-Ansprache vor der Weltpresse u. a. folgende grundsätzliche Feststellungen zur deutschen Judenfrage gemacht: „Wenn die deutsche Regierung die Assimilationsforderung mit der Judenfrage auf dem Weltkongress in Prag abzuwehren, so würde sie damit die humanen und sozialen Ideale der Weltöffentlichkeit verletzen und sich selbst in die gleiche Lage versetzen, die sie den nationalen Minderheiten in Deutschland verweigert. In Deutschland werden die Juden nicht als Minderheit betrachtet, sondern als ein Teil der Nation. Die Juden sind in Deutschland nicht als Minderheit betrachtet, sondern als ein Teil der Nation. Die Juden sind in Deutschland nicht als Minderheit betrachtet, sondern als ein Teil der Nation.“

Es ist nicht klug von den Juden, wegen der Vorgänge in Deutschland ein großes Gefühl zu erheben. Sie überleben eines dabei, was ihnen ihre Geschichte, vor allem im Verhältnis des Völkertums, eigentlich gebührt haben sollte: daß sie in demselben nicht als Minderheit, sondern als ein Teil der Nation, wie sie in der Welt, und in allen europäischen Staaten, vor allem auch den Westmächten, dieselben Verpflichtungen zugunsten ihrer fremdnationalen Bevölkerungsstellen auferlegt werden. Deutschland wünscht, daß endlich einmal die Minderheitenfrage vor dem Völkerbunde grundsätzlich aufgelöst wird und daß man sich in demselben nicht mehr bis zum letzten befleißigt, einzelne Beschwerden in einem völlig unzureichenden Verfahren zu regeln.

Jedem die Juden sich gegen die Aussonderung aus dem deutschen Volkskörper, also aus der Gesamtheit des Staatsvolkes, wehren, geben sie eben dadurch selbst zu erkennen, daß sie nicht als nationale Minderheit angesehen sein wollen. Durch eine Klage, die sich gegen die Diffamierung richtet, wird das Gebiet des Minderheitenrechtes überhaupt nicht berührt. Die Judenassimilationsforderung ist eine durchaus innerstaatliche Angelegenheit, nicht anders als etwa die Einbürgerung eines Fremden, eine Angelegenheit, die dem Staat vorbehalten ist. Es handelt sich in Deutschland in erster Linie um ein bürgerliches, politisches und soziales Problem, das in der Rassenfrage eine besondere Verschärfung durch eine starke Betonung des Judentums von Ostpreußen nach dem Westen erhalten hat. Es ist ein Problem von besonderer Art, das als solches auch eine besondere Lösung wird erfordern müssen.

Jedem die Juden sich gegen die Aussonderung aus dem deutschen Volkskörper, also aus der Gesamtheit des Staatsvolkes, wehren, geben sie eben dadurch selbst zu erkennen, daß sie nicht als nationale Minderheit angesehen sein wollen. Durch eine Klage, die sich gegen die Diffamierung richtet, wird das Gebiet des Minderheitenrechtes überhaupt nicht berührt. Die Judenassimilationsforderung ist eine durchaus innerstaatliche Angelegenheit, nicht anders als etwa die Einbürgerung eines Fremden, eine Angelegenheit, die dem Staat vorbehalten ist. Es handelt sich in Deutschland in erster Linie um ein bürgerliches, politisches und soziales Problem, das in der Rassenfrage eine besondere Verschärfung durch eine starke Betonung des Judentums von Ostpreußen nach dem Westen erhalten hat. Es ist ein Problem von besonderer Art, das als solches auch eine besondere Lösung wird erfordern müssen.

Das Herortreten mehr Kreise des litauischen Judentums bei der deutschfeindlichen Boykottkampagne hat zur Folge gehabt, daß die litauische Öffentlichkeit sich jetzt in zunehmendem Maße mit der Judenfrage beschäftigt, soweit sie Litauen betrifft. In der litauischen Presse ist seit letzter Zeit gegen die Judenfrage ein lebhaftes Wort geführt worden, das das litauische Wirtschaftswesen zu wenig unter litauischen und zu sehr unter jüdischem Einfluß steht. Das Regierungsorgan „Litauos Aidas“ hat sich auch schon zum Sprachrohr dieser Unzufriedenheit gemacht. In einem „Es muß gleichgültig werden“ überführtem Artikel wendet sich das Blatt dagegen, daß die Juden im Wirtschaftswesen Litauens eine zu große Rolle spielen. Die litauische Wirtschaft müsse mehr als bisher auf nationalen Grundlagen aufbauen werden. Das litauische Blatt betont, daß die Judenfrage ein Problem von besonderer Art ist, das eine besondere Lösung erfordern muß, da es sich hier um ein für Litauen sehr wichtiges Problem handelt. In diesem Zusammenhang sind vor einigen Tagen in Romo eine Verankerung von Vertretern jüdischer Organisationen statt. Der Schriftleiter der „Litauos Aidas“, Rabinkin, hat dabei seinen Vortrag über die Lage der Juden in Litauen gehalten, die er in neuerer Zeit in einem „Litauos Aidas“ veröffentlicht hat. Er hat dabei seine Unzufriedenheit mit der Stellung der Juden im Wirtschaftswesen Litauens zum Ausdruck gebracht.

Verständigung zwischen Deutschland und Polen?

Der kürzere war der polnische Außenminister, Oberst Beck, in Paris. Der Zweck dieser Reise war leicht zu erkennen. Die polnische Diplomatie hielt es — trotz ihres betonten Selbständigkeitsstrebens — wieder einmal für an der Zeit, sich der französischen Freundschaft zu vergewissern. Denn bei aller Entschlossenheit, in Osteuropa ein Politik auf eigene Faust zu betreiben, bleibt es für Warschau doch immer ein unabweisbares Schicksal, am Ende der Welt nicht mehr ganz für sich zu sein. In dem Verhältniß zwischen Frankreich und Polen besteht seit einiger Zeit eine Oszillation, deren Stützpunkt nicht mehr — wie früher — in Warschau liegt, sondern in Moskau. Herricot ist nicht über Warschau, sondern über Konstantinopel nach Moskau gefahren, und auch Pietsch hat sich auf seinen langen Zug nach Moskau in der polnischen Hauptstadt nicht blicken lassen. Das heißt natürlich, Seiten des Ostens, nicht der französischen und der polnischen Außenpolitik keine völlige Uebervereinbarung besteht und daß Paris an einer Bewirklichung des polnischen Führungsanspruches im Osten kein Interesse besitzt. Tatsache ist jedenfalls, daß die französische Diplomatie Sühnung mit Moskau aufgenommen hat, ohne sich dabei mit Warschau in Verbindung zu setzen. Beide, Warschau sowohl wie Paris, wollen natürlich Moskau als Bundesgenossen gegen Deutschland gewinnen; im Ziel sind sie sich einig, in der Ausführung nicht. Beide, Polen hierbei die Führung erbittend und dadurch seine Politik im Osten auf Kosten des französischen Einflusses häßlich. So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß Frankreich in Osteuropa gegenwärtig als Gegenpol der Polens auftritt, obwohl beide — was Deutschland anlangt — denselben Ziele zustreben.

Es ist nicht nötig, hier zu betonen, daß der Oberst Beck in Paris in der Hinsicht, welche Politik er für die Zukunft der polnischen Außenpolitik in Verbindung mit Deutschland im Auge faßt, sich nicht von dem polnischen Außenminister unterscheidet. Er hat sich bei der polnischen Außenminister in Genf, um den „guten Ruf“ seines Landes zu heben, zu einer freundschaftlichen Aussprache mit v. Neurath und Dr. Goebbels genötigt. Und dieselbe Dresse, die noch einige Tage zuvor der Abgabe Mitgliedens in Deutschland zugewandt hatte, wird wieder an, von der polnischen Freundschaft zur Verständigung mit Deutschland zu sprechen. Die Dresse lautet, was die Dinge hierzulande als ob von Polen die Anregung ausgegangen wäre, durch ein freundschaftliches Frühstücksgespräch die deutsch-polnische Atmosphäre zu heben. So schrieb der „Kurier Warschauer“ v. D., die Begegnung des Obersten Beck mit Minister Goebbels habe in den Genfer politischen Kreisen am 10. März als ein Ereignis gewertet, als der polnische Außenminister der ersten Delegierte gewesen sei, „den bei dem dahin wohl isolierten Dr. Goebbels besuchte“. Der „Kurier Warschauer“ sagt sich hier jedoch unterrichtet: Denn erstens war Oberst Beck einer Einladung der deutschen Minister gefolgt, und zweitens hatte Dr. Goebbels schon, bevor er mit dem polnischen Außenminister zusammenkam, mit dem englischen Delegierten eine Zapfberatung gehabt. Es ist notwendig, das festzustellen, da eine Überhöhung gewisser bemerkbarer polnischen Tendenzenbildung entgegensteht, die nicht zulassen will, daß Deutschland als der in erster Linie verständigungsbedürftige Partner erscheine. Um übrigens nicht die polnische Dresse dazu, in der Genfer Unterredung den ersten direkten Unabänderungsverlauf zwischen Deutschland und Polen zu haben.

Selbst der „Kurier Warszawski“ sieht sich zu Feststellungen veranlaßt, die man angesichts der sonst üblichen Einteilung dieses Blattes zu mindestens als außergewöhnlich ansprechen darf. Es ist klar, so heißt es da, „daß Berlin eine Entspannung der deutsch-deutschen Beziehungen sucht, was schon seitlers Reichsstandsrede gezeigt hat. Die Annahme, daß die Hinferränder sich zuerst auf Polen richten würden, ist irrig zu nennen“. Zu einem berechtigten Einschleichen deutscher Friedensbereitschaft hat sich der „Kurier Warszawski“ bisher wohl noch niemals „hinreihen“ lassen. Die Politiker der polnischen nationalen Bewegung, heißt es dann weiter, hätten mit ihrer Annahme recht gehabt, daß die nationale Revolution in Deutschland die Energie der neuen Machthaber von den auswärtigen Angelegenheiten auf die inneren ablenken werde. Auch in Deutschland jetzt an Österreich, also an der Donau, nicht interessiert als an der Weichsel. Denn allerdings kann es sich der „Kurier“ doch nicht verhehlen, wenn auch nicht die Unrichtigkeit, so doch die Dauerhaftigkeit der deutschen Friedensbereitschaft in Zweifel zu ziehen und das Verdienst, Deutschland „um Frieden begehrt“ zu haben, für Polen in Anspruch zu nehmen: Die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen Polens zu Rußland, so meint der „Kurier“, habe Deutschland zu denken gegeben; Deutschland sei bereit zu sein, sich zu erwehren, was es verlangen will, eine Erklärung, die Polen zu hören; es habe aber nur seine Kritik, nicht seine Hilfe, die sich immer gleich bleiben würde, geändert.

Alzu tief scheint also auch jetzt noch der Glaube an die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland zu wachen. Zur die Wähler der konservativen Gruppe des polnischen Regiments als treten nach wie vor für sich ein, die sich für eine Verständigung mit Deutschland, von der „Anstiftung“ ausgehen, daß der Reichsminister sich in der innerpolitischen Unterredung mit dem polnischen Gesandten Welleski zu einem Bericht auf die Grenzregionen bereit erklärt habe. „Wir teilen nicht die Meinung gewisser polnischer Kreise“, heißt es v. D. im „L'Espresso“, „den Vort der Krakauer Konferenzen, die hauptsächlich falsch und politisch falsche Ziele vertreten, daß die Geschichte Polens von einem künftigen Weidrecht mit Deutschland ausfällt. Das ist nicht wahr. Eine ganze Reihe von Jahrhunderten hindurch gestellte sich unser Verhältnis zur Deutschen Kaiserreich friedlich, und sogar zwischen dem brandenburgischen Kurfürsten und Polen kann es aussagen, und zwar durch eine längere Periode hindurch, nur als freundschaftlich bezeichnet werden... Wir wünschen keine Veränderung der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern ihre Milderung, ihre normale Gestaltung. Ohne zu verbreiten und fern zu halten die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Reiches zu überschätzen, sehen wir doch in Deutschland ein starkes, schöpferisches Volk von bedeutenden kulturellen und geistigen Werten, demgegenüber Hochgefühl uns fremd sind.“ Das sagt der „L'Espresso“, und ähnlich pflegt sich auch das „Winnauer „Słowo“ zu äußern. Die Kreise aber, von denen die polnische Freundschaft wird, pflegen in diesen Dingen anderer Meinung zu sein. Die Frage ist der Stärke gegen den deutschen Rückzug durchaus nicht fremd; ihnen erscheint Deutschland immer nur als der ewige und einzige Feind, mit dem es, wie Mitgliedens sagt, keine Verständigung gibt und den sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, bekämpfen.

Dollfuß und seine Freunde.

Dollfuß hat in Genf auf der Völkerbundtagung zwar nicht erreichen können, daß Österreich in den Völkerbundstaat hineingewöhnt werden, daß aber doch als „Einbürgerung“ in den Völkerbund kommen. Denn er hat in Genf vor einem Forum fast durchweg deutsch-feindlicher Staaten den Weisfall gefunden, der ihm im eigenen Lande verweigert bleibt. Als er vor überfüllter Saale die Redezeitung bezieht, um über seine Politik zu berichten, wurde er mit demonstrativ anhaltendem Beifall begrüßt. Und keine Rede war auch geeignet, normalerweise ist — eine erneute Erinnerung — was nicht weiter vorzuzugewöhnen, ihnen eine gleichwertige Schokolade aufbrücken zu wollen. Österreich ist im Begriff, aus dem Sechsten der Reichkriegszeit fernend, sich eine neuen Bedürfnisse entsprechenden politische und wirtschaftliche Verfassung zu geben. Es hat sich aber immer wieder gezeigt, daß die wirtschaftliche Entwicklungs-möglichkeit Österreichs nicht ohne Vergrößerung seines Wirtschaftsgebietes gedeihen kann. Es ist nicht ohne Grund, daß die Nationalsozialisten verkörpert großdeutschen Gedanken, ein Bündnisangebot an alle, die diesen Gedanken bekämpfen, und eine Bitte, Österreich aus seiner als unzulässig erkannten (und durch die Gegenwehr gegen das Reich noch unzulässiger gewordenen) Situation zu befreien. Die geistigen und materiellen Umgestaltungen müssen sich, so führt Dollfuß u. a. aus, „in dem Maße entwickeln, in dem die wirtschaftliche und geistige Entwicklung Österreichs durch die Weltwirtschaftliche Wege zu sein, die ihm die Möglichkeiten unabhängiger Existenz und wirtschaftlicher Entwicklung eröffnen. Es erwartet dabei die wohlwollende Mitwirkung der anderen Mächte. Österreich wendet sich in dieser Hinsicht auch an den Völkerbund mit der Bitte, durch sein großes moralisches Gewicht diese Bestrebungen in jeder Beziehung zu fördern. Durch schwere Zeiten seines Kampfes bekunden sich Österreich heute mehr denn je, nicht so sehr auf Grund for-

meller Verträge, sondern aus dem eigenen Willen seiner Bevölkerung heraus zu seiner Freiheit und Selbständigkeit.

Um den Willen der Bevölkerung daß Dollfuß sich allerdings bisher wenig gekümmert. Wenn er seiner je sicher ist, warum hebet er sich dann, durch Wahlen, in die von den Nationalsozialisten gefordert werden, sich von dem Vorwurf zu reinigen, eine „Politik gegen das Volk zu betreiben“. Dieses Volk denkt je gar nicht daran, wie Dr. Dollfuß es tut, sich in die Hände zu schlagen. Die Nationalsozialisten, die ihm vor 14 Jahren noch rachsüchtigen Feinden aufgekotzt worden ist und deren Fortbauer noch heute dieselben Feinde mit den Waffen in sich führen bereit sind, kein Wunder, daß die Pariser Dresse dem Wiener Bundeskanzler ob seiner Genfer Rede begehrte Kolbier liegt.

Diese französische Freude wurde freilich fast bald wieder getrübt. Nicht etwa, weil Dollfuß von Wien in die Genfer Rede wieder abgewandert, sondern weil Frankreich feststellen muß, daß es auf dem besten Wege ist, die Führung bei der Lösung des gesamten Südostproblems zu verlieren. Italien handelt sich mit großer Aktivität in die Südfragen ein; es hat in Genf den Vertretern der Großmächte und der habargubischen Nachfolgestaaten eine Denkschrift zur Lösung des Donauprobems überreicht. Und in Wien, wo man ebenfalls immerhin doch für sich selbst zu haben scheint, hat der Paris keine Zweifel, daß Österreich zu erwarten ist, daß man für die italienischen Absichten Österreich, sofern diese geeignet sind, das Dollfuß-System vor dem Sturm durch die Nationalsozialisten zu retten. Nicht mit Unrecht wird der italienische Vorkoch von Paris als eine Cordepedition des Cordieu-Planes empfunden. Gleichwohl bahnt sich in den Donau- und Balkanstaaten eine Entwicklung an, die, wenn sie Erfolg hat, auf eine entschiedene Mitwirkung in der Lösung der Balkanfrage und Zusammenstoß der Staaten der Kleinen Entente.

Zinsenkung und Bauernentfugung in Danzig.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat die Zinsen sämtlicher Hypotheken, der bäuerlichen wie der ländlichen, gesenkt, um allem Grundbesitz die unbedingte gebotene Befreiung von der auf ihm liegenden Zinslast zu verschaffen. Darüber hinaus ist eine Verordnung des Senats zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, zur Entlastung der Bauern, erlassen. Entschieden ist Grundbesitz soll fortan nur vorzukaufen und nicht mehr zu verkaufen, man ist in bezug auf den Verkauf der Ausfuhr, in welchem die Standesgenossen des Bauern den Ausschlag geben, zu stimmt. Um Grundbesitz im Familienbesitz zu erhalten, ist beschließen, ein Höferecht einzuführen, welches einschneidende Bestimmungen über die Erbfolge enthält, die die Belastung und damit erneute Verpfändung erschwert und eine bessere Sicherung des Eigentums bewirkt. Was ihm erfallt, müssen die Farmer werden Vorrichtungen erwecken, um Bauernsachen und Landarbeiten Gelegenheiten zu geben, leihhaft zu werden. Sodann hat der Danziger Senat durch eine gleichzeitig erlassene Verordnung vorgeschrieben, daß alten und gebrechlichen Personen, die durch die Zinsenkung in Not gekommen sind, eine Rente gewährt wird, ähnlich wie den Kleinrentnern.

Die Verordnung über die allgemeine Zinsenkung unterscheidet zwischen landwirtschaftlichen und sonstigen Grundbesitzern. Bei landwirtschaftlichen Grundbesitzern wird ein Höchstzinsfuß von 4 v. H. festgesetzt. Bei den sonstigen Grundbesitzern werden die Zinsen, soweit sie 6 v. H. nicht übersteigen, auf 4 v. H., und, soweit sie bis über 6 v. H. lagen, im Verhältnis von 7 zu 4 der Alt-schuldner theilhaftig, das heißt, die Zinsen der Hypothekensandbriefe auf 4 v. H. gesenkt worden.

Die Lage der Danziger Landwirthe ist jedoch derartig traurig, daß mit der Senkung der Hypothekenzinsen allein der drohende Zusammenbruch der Mehrzahl der Betriebe nicht aufgehalten werden kann. Angezogen ist der brennende Notlage hat der Senat nicht übersehen können, bis im Reiche das Dableben der landwirtschaftlichen Schuldenregelung seine endgültige Regelung gefunden hat. Er hat daher, und zwar im heuesten Abweichen von den dort bisher vorliegenden Entwürfen, durch Erlass einer „Verordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse“ eigene gesetzliche Vorschriften, nämlich die als deutsche Reichsgesetze gedachten Hypotheken- und Grundschuldkredite auf der einen, sämtliche übrigen Schulden, die sogenannten „Schwammschulden“, auf der anderen Seite. Die lang-

fristigen Hypotheken- und Grundschuldkredite werden, soweit sie es nicht bereits sind, in Eiligesforderungen umgewandelt, so daß eine Kündigung grundsätzlich ausgeschlossen ist. Sie sollen in „seinerzeitige“ und „meistmögliche“, wobei der Betrag von 40 v. H. der Grundwert der Grenze bildet. Für die erstgenannten Hypotheken werden die Zinsen auf höchstens 4 v. H., für die zweitgenannten auf höchstens 2 v. H. gesenkt. Daneben ist eine Eiligung in Höhe von 0,5 v. H. vorgeschrieben, die etwa im jährlichen Vermögensbeitrag darf ein Viertel v. H. nicht übersteigen. Die eingetragenen Realitäten, insbesondere Altentleihen, können, soweit sie auf den heutigen Verhältnissen nicht tragbar sind, von Fall zu Fall anderweitig fortgesetzt werden, soweit dieses ohne Gefährdung des Interesses der Altentleihenberechtigten geschehen kann.

Die Hypothekenzinsen sind durch die Regelung der Schwammschulden. Ihre Umwandlung in Eiligesforderungen mit niedriger Verzinsung und Eiligung von etwa je 1 v. H. würde den Zusammenbruch des überwiegenden Teils der Gläubiger bedeuten. Es mußte daher eine Lösung gefunden werden, die auch den berechtigten Unterlassen der Gläubiger Rechnung trug. Dieses war nur möglich durch Einföhrung der Staatlichen Treuhandgesellschaft. Diese hat die Eiligesforderungen in die Schwammschulden und wird dadurch die einzige Gläubigerin des Bauern für den Kreis seiner Schwammschulden.

Ob trotz der vorstehenden Regelung eine Angleichung auf die Ertragsfähigkeit des Grundstücks nicht zu erreichen, so kann eine weitere Aufsenkung angeordnet werden, sofern die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Schuldner sich als unzureichend erweisen. Die Eiligung der Eiligesforderungen liegt in den Händen des Amtsgerichts. Die wichtigsten Entscheidungen sind einem Ausschuss vorbehalten, der aus dem Amtsrichter, zwei Landwirten, einem Vertreter der Treuhandgesellschaft und einem Vertreter der Gläubigerkreise besteht. Die Ablehnung des Antrags auf Einleitung des Verfahrens ist nur unter engbegrenzten Voraussetzungen und nur mit Zustimmung der Bauernkammer möglich.

Mit der Senkung der Zinsen und der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse nicht der Senat der Freien Stadt Danzig, wie von ihm behauptet wird, die Schuldlosigkeit aus den Grundbesitzern, die der Reichsbauernführer und Reichsrentenverwalter Dörze auf dem jüngsten Parteitag in Nürnberg dahin zusammengefaßt hat: „Wohl ein Staat aus sozialen Gründen seine Bauern retten und schützen, dann wird dieser Staat durch ein Verurteiltes verhindern, daß der bäuerliche Grund und Boden verarmt, verschleudert und durch die Versteigerung der Schulden von Haus und Hof getrieben wird.“

Die Verdeutschung von Ortsnamen in Ostpreußen.

Wenn ein Wilddeutscher oder ein Ausländer eine Karte von Ostpreußen zur Hand nimmt, so sollen ihm die zahlreichen undeutschen Ortsnamen, vor allem in den Grenzgebieten, auf und er ist leicht geneigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß in diesen Orten auch Menschen nichtdeutscher Volksstammes leben. Durchreist er aber das Land selbst, so stellt er zu seinem Staunen fest, daß die deutsche Sprache überall herrscht, daß alle deutsche Menschen in Dörfern mit undeutschen Namen wohnen. Zwei Fragen wird er sich dann vorlegen: wie ist dies bei jeder solche Zustand entstanden, und welche Folgen haben sich aus ihm zu ziehen? Beide Fragen sollen kurz beantwortet werden.

Die Ortsnamen Ostpreußens entsprechen nicht der heutigen Zusammenfassung der Bevölkerung, wohl aber spiegeln sich in ihnen ihre Entstehungsbedingungen wieder. Die Dörfer sind, wie wir schon in sehr unterschiedlicher Stärke, im Laufe der Geschichte zur Befriedung des Landes beitrugen. Wenn wir von der vorgeschichtlichen germanischen Bevölkerung, die in Ortsnamen nicht mehr nachzuweisen ist, absehen, so finden wir zunächst die alten Preußen, ein Volk baltischen Stammes. Sie sind vom Deutschen Nitterorden wohl unterworfen, nicht vernichtet worden, sondern allmählich in den ihnen zugehörigen Dörfern überlebt und sich erhalten.

Obie Sprache ist in Hunderten von Ortsnamen, besonders in der Mitte und im Westen der Provinz, bis heute erhalten geblieben. Der Orden hat dann deutsche Einwanderer, vor allem aus dem Elbegebiet und aus Schlesien, herangezogen, die auf dem noch reichlich zur Verfügung stehenden Lande über 1000 Dörfer mit deutschen Namen errichteten. Als dann der Zutrom aus Deutschland nach Ostpreußen am Ende der Oberenszeit und in der herzoglichen Zeit Emanuel der aus dem benachbarten Vändern Siemaiten und Malocins ins Land, zunächst als schutzgebende Fürstlinge, dann auch als gennegende Kolonisten. Sie besiedelten zuerst die menschenarmen Grenzgebiete im Norden, Osten und Süden Preußens, breiteten sich dann aber durch innere Kolonisation auch weit ins Innere des Landes hinein aus, sich in einzelnen Ostpreußen und in Ostpreußen nicht nur, sondern auch in Dörfern mit litauischen und malajischen Namen aus, sondern auch zahlreiche deutsche Ortsnamen wurden damals verstreut. Catarevalenfeld (1656/57) und Pest (1709) mochten dem Vordringen dieser Elemente ein Ende und führten ihren Rückgang herbei. In die leersgerordenen Dörfer zogen unter der fürstlichen Herrschaft der hohenpolenischen Kurfürsten und Könige vorwiegend

deutsche Kolonisten aus allen deutschen Ländern ein. Die bekannte Cat, die Ansiedlung von 13000 Salzburger durch Friedrich Wilhelm I., ist nur ein Teil, freilich der wichtigste, einer 150 Jahre dauernden Kolonisationsarbeit.

Diese Einwanderung, ferner die Einführung der Freiwilligkeit und der allgemeinen Wehrpflicht und die Aufschließung der Grenzgebiete durch den Bau von Chausseen und Eisenbahnen haben nun den Eindeutschungsprozess der fremdsprachlichen Bevölkerung in Gang gebracht und immer mehr befestigt, so daß heute nur noch Reste von ihm in Ostpreußen vorhanden sind, die aber auch, wie es das Ergebnis der Abstammung von 1920 und die Ziffern der folgenden Reichstagskassenliste unüberläßig beweisen, sich bis auf eine verschwindende kleine Zahl von Polen durchaus zum Deutschsein bekennen und nicht etwa als nationale Minderheit anzuweisen sind. Es handelt sich hier also nicht um eine von den Behörden des Landes betriebene Germanisation, sondern um eine freiwillige Eindeutschung, um ein freiwillig Bekanntwerden zur deutschen Kultur, die dem Lande bisher nur Gutes gebracht hat.

Selbst ist nun die Tatsache, daß die Ortsnamen diesen Eiligung und angestrichelt mitganz haben, sondern die auf wenige Ausnahmen aus der Stufe haben geblieben sind, auf der sie vor 200 Jahren standen. Die deutschen Kolonisten haben zwar nur selten — anders z. B. als bei der Besiedlung des Ober- und Warthebruchs — neue Dörfer gegründet, sondern sind meist in bereits bestehende, nur verödete Ortschaften eingezogen. Das aber, was die Dörfer mit der deutschen bzw. ihre Maloren und Siemaiten) sich verdeutschten, was vorher nicht über die deutschen Namen oblag, ist, wie bereits auf eine gewisse Beharrungskraft von Ortsnamen zurückzuführen, andererseits darauf, daß die immer mehr sich entwickelnde und vorwiegende Staatsverwaltung diese Beharrungstendenz noch verstärkte, indem sie dem Grundbesitzer einführte, daß Ortsnamen nicht ohne Genehmigung der Behörde geändert werden dürfen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß die Dörfer mit der deutschen Eiligung der Ortsnamen in die Anfangszeit des Absolutismus steht, d. h. gerade in die Zeit, in der die deutschsprachigen Ortsnamen in Ostpreußen ihre weiteste Verbreitung erreicht hatten. So trat Ostpreußen in den Weltkrieg ein als ein Land mit einer deutschbewohnten und zum größten Teil auch deutschsprachigen Bevölkerung, der viele lebte in Dörfern, von denen hunderte fremde Namen trugen.

Vor dem Kriege gab diese Tatsache zu keinen Bedenken Anlaß. Man war sicher im Besitz des Landes. Eine politische Gefahr bestand nicht in Polen und Ostpreußen, nur deshalb, daß die politische Bedeutung der Ortswamen oft schon früher aufmerksam geworden war, aber auf Ostpreußen, das immer deutsch gewesen war, erhoben die Polen keinen Anspruch, und ein litauisches Nationalgefühl gab es ebenjowenig wie einen litauischen Staat. Wohl wurden in dem Jahrzehnt vor dem Kriege schon einige Ortswamen besonders im Süden der Provinz bewußtlich, aber auch die Bedenken nach die Bevölkerung wieder dabei einen besonderen Elfer.

Diese Frage hat sich seit dem Diktat von Versailles mit einem Schlag geändert. Die litauischen Angehörigen von zwei jüngsten Staaten, deren Nationalismus über die ihnen bereits viel zu weit gesteckten Grenzen hinaus begehrlieh Umfassung hält nach „unerlösten Brüdern“ auf ostpreußigen Boden. Die Tatsache der fremdsprachlichen Ortswamen dient ihnen dabei als Vorwand für ihre Ansprüche, indem sie die für einen Wirtskamer der Verhältnisse einleuchtende Behauptung aufstellen, daß in Orten mit litauischen und litauischen Namen oder Litauern und Polen wohnen müßten, die sie von den deutschen Herrschaftlich unterdrückt und am Bekanntnis zu ihrem Volkstum gehindert würden. Wir haben gesehen, daß diese Behauptung falsch ist, aber wir dürfen es nicht im Bedürfnis unserer guten Gewissens dabei bereden lassen, sondern müssen uns fragen: was hat unerlöste zu gelshen, daß unsere Karbarn dieser Vorwand genommen wird. In Litauen und Ostpreußen, Polen und Estland haben in den uns geräubten Ost- und rücksichtslos und mit einer Verhölung alle deutschen Ortswamen befristet, um über den meisten Bevölkerungsstand der ihnen zugewiesenen Gebiete hinwegzuführen und die unkundigen Beobachter ereuzzuführen. Demgegenüber würde die Verdeutlichung der Ortswamen nur die logische Folgerung aus einer billigen Entwicklung darstellen. Und doch wäre eine allgemeine, behördlich angeordnete Verdeutlichung der Ortswamen ein Fehler in einem Lande, das seit 100 Jahren deutsch ist. Die im freilichsten Übergang zum Deutschstum befindlichen Ostpreußen litauischen und polnischen Volkstamen könnten durch überhäufendes und schematisches Vorgehen vielleicht verriert und durch behördlichen Druck vielleicht sogar in eine Abwärtsstellung hineingedrängt werden. Wir haben Juang gar nicht nötig. Wilschensmerk ist vielmehr nur, daß die Behörden dem vielfach vorhandenen Wunsch des Bevölkerung nach Verdeutlichung der Ortswamen entgegenkommen. Dabei ist eine Unterbrechung der ostpreußischen Ortswamen weder notwendig noch wünschenswert, da es ihnen niemand nationale Ansprüche herleiten kann.

In den ersten Jahren nach dem Kriege haben nur wenige Gemeinden Anträge auf Verleihung eines deutschen Namens gestellt. Es dauerte eine gewisse Zeit, bis das Bewußtsein der Andersartigkeit der Lage Ostpreußens sich auch in dieser Beziehung durchgesetzt hatte. Auch die Behörden kamen keineswegs schnell zu

der Erkenntnis, daß den Ortswamen eine nationalepolitische Bedeutung zukäme, nur doch 1/3 der Allenlitauischen Regierungspräsidenten, in dessen Amtssitz die meisten Orte mit mehrfachen Namen liegen, noch 1923 der Anstalt, daß Ortswamenverordnungen „zur Etikettenänderung“ seien (1), die er nur ungenügend und nur deshalb, weil die Gemeinden die Ablehnung ihrer aus bewußt deutscher Gesinnung gestellten Anträge nicht verstehen würden. Erst von 1926 an mehrten sich dann die Anträge der Gemeinden, und immer häufiger kehrt in ihnen die Begründung nieder, daß die Gemeinden die notwendige Genehmigung auch schon von anderen Jahren deutschen Notens bezeugen wolle. So wurden 1926: 15, 1927: 19, 1928: 22, 1929: 46, 1930: 41, 1931: 19 und 1932: 23 (insgesamt in sieben Jahren 243) Ortswamen verdeutlicht. Die auffallend hohe Zahl von 1928 ist eine Auswirkung des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 über die Aufhebung der Gutbezirke, das mit der Neuordnung der kommunalen Verhältnisse die Reizung zu Namensänderungen verklärte. Die rechtsmäßig nichtigen Anträge der anderen Jahre beweisen, daß hier von Druck und Volk keine Rede ist; sie bieten aber zugleich die Gewähr für ein weiteres Anhalten der Bewegung.

Über die Art, in der die Verdeutlichungen vor sich gingen, über die neuen Namen und die Grundfälle, noch denen sie gemäß worden sind, mag ein andermal näheres gesagt werden. Nur das sei zum Schluß ausdrücklich noch einmal festgestellt: Wenn die Polen behaupten, daß die „preußischen“ Namen, die sie in Litauen einzuvergen, eine Vergeismaltung einer volklichen Minderheit bedeuten, so ist das gänzlich falsch. Das sorgfältige Studium aller Akten hat ergeben, daß der preußische Staat von dem ihm an sich zustehenden Hoheitsrecht auf Verleihung von Ortswamen niemals gegen den Willen einer Gemeinde Gebrauch gemacht (mit einer Ausnahme, und da handelt es sich nicht darum, einer Gemeinde die Verleihung zu verweigern, sondern darum, ihr den von ihr herkömmlich vertriebenen Jutuh „königlich“ zu ihrem Namen zu nehmen), daß vielmehr alle „Verdeutlichungen“ ausnahmslos auf Wunsch und Antrag der betr. Gemeinden zurückgehen. Selbst in der Aufklärung der Bevölkerung über die politische Bedeutung von Namensänderungen haben sich die Behörden die denkbar größte Zurückhaltung aufzuweisen. Die Anträge sind von ihnen nicht in die Öffentlichkeit einsehen. Es wäre eine dankbare Aufgabe für ihn, in die Bevölkerung Ostpreußens mehr, als es bisher gewesen ist, die Erkenntnis hineinzutragen, daß es heute nicht mehr angeht, die deutschen Menschen in Orten mit unpolnischen Namen wohnen. Es soll auch freierlich kein Zwang ausgeübt werden, das Gefühl der Pflicht und die Angst vor der Exzitation sollen gemäß nicht verletzt werden, aber auch hier muß das Interesse des Volkes im Vordergrund stehen. Die scheinbar unbefriedigende Frage nach der Sprache der Ortswamen ist heute bedeutsamer als je, und deshalb ist auch dringlicher als früher die Forderung: Deutsches Land soll auch Wohnstätten mit deutschen Namen tragen.

Dr. Fritz Gaupe, Königsberg.

Der preußisch-deutsche Standpunkt.

Über dieses Thema sprach auf einer gemeinsamen Rundung des Bundes Deutscher Osten, der Hitlerjugend und des Wanderverbundes Deutscher Wand 20. September in Frankfurt a. O. Dipl.-Ing. Erich Rulke-Stankfurt a. O.

Vor 20 Jahren hand es noch unser Reich auf der Höhe der Macht. Wir waren ein mächtig gewandenes Volk, dessen Sprache und Kulturstellung auf der ganzen Erde Achtung genoß und Achtung einflößte. Was in diesen 20 Jahren an geschichtlichen Begebenheiten liegt, müssen wir. Es ist der Sturz von der Höhe; denn es zeigte sich, daß wir einem ertüchtlichen Schicksal als Volk doch nicht die Wucht gewachsen waren. Der Sturz in die politische Niederung und Verwirrung, in die wirtschaftliche Ausplünderung, in die Abhängigkeit u. a. m. Wir haben das Gefühl: wir müssen heute ganz und gar neu begreifen, was wir sind und wieder sich ein Volk da mit dem tiefen Sinn, das deutsche Wesen wieder zur Kraft zu heben. Es ist ein Zusammenfließen eines Volkes erfolgt, das sich nun bereits leine ihm durch die Geschichte gegebenen Aufgaben stellt: Aufgaben des Kampfes um die innere und äußere machtpolitische Stellung. Die Erziehung zum großdeutschen Gedanken, Aufgabe der inneren Richtung und Selbsterziehung, muß sein, daß auch in der deutschen Jugend sich dieser Welt heute wieder zu besitzen sucht, in einer Jugend, die das deutsche Volk im Werden beharrt.

Aber der deutsche Freiheitskampf, den wir um die innere und äußere Machtstellung unseres Volkes zu führen haben, darf nicht nur gegen Fremd und Hunger gehen, sondern darüber muß der Wille zu neuen politischen Schicksalen stehen. Die Erneuerung muß zugleich auch das gesamte geistige Leben der Nation umfassen; sie muß in Fühlung und Verbindung mit den geistigen Bewegungen der Zeit stehen, die sich im Politischen, Ethischen und Religiösen vollziehen.

Wir sind nur ein kleines Glied in der Kette der Geschlechter vor und nach uns und nur ein winziger Abschnitt in der Geschichte der Menschheit. Wir sind nicht die Schöpfer unserer Vergangenheit. Und darum müssen wir, daß wir nicht heute und morgen an Ziele sind, sondern erst übermorgen oder noch später. Wir empfangen unsere Auf-

gaben aus der Tiefe einer Nation, die ewig ist. Deshalb müssen wir den Sinn unserer Geschichte ergründen, wenn wir unsern Standort im Heute finden. Ob zu finden, ihn immer erneut zu erarbeiten, wird der Ausgang unserer kommenden inneren Selbsterziehung sein.

Die Aufgabe ist das Reich. Der Weg dazu führt über die Aufgabe des Deutschen Reiches.

Raum eine Idee begreift in eigenem Volk einer stärkeren Ablehnung und einer größeren Verantwortlichkeit und Strenge, wie die preussische. Dieses arme, nürstere, harte Preußen, das sich großgebungen hatte, war vielen unbekannt. Denn allzu viele lebte es an geschichtlichen Denken. Das Preußentum aber ist nur aus seiner Geschichte heraus zu verstehen. Man empfindet nur die Größe, wenn man die Geschichte des preussischen Anspruchs auf Anteil an der Welt anbequemt, sich aber nicht und wollte nicht zeigen, daß sich dieser Anspruch aus der geschichtlichen Aufgabe Preußens herleitet. Diese geschichtliche Aufgabe ist bis auf den heutigen Tag dieselbe geblieben. Sie ist Preußen zum Schicksal geworden, und es hat gar nicht die Möglichkeit, sich ihr zu entziehen. Preußen konnte immer geschichtlichen Mission nur gerecht zu werden, wenn es sich in der Welt der Welt anbequemt. Preußen war ein allgegenwärtiges Kräfte rücksichtslos zusammenfasse und darüber hinaus auch andere deutsche Kräfte miteinpannte. Diese Notwendigkeit wurde von den Sobenolmen klar erkannt und der preussische Staat ist ihr unbestreitendes Werk. Dem Staate zu dienen, der selbst in einem höheren Dienst stand, das war das Selbstverpflichtung und Selbstpflicht des preussischen Untertanen, und nicht nur der Untertanen, sondern auch des Königs. Das Wort „Schön bin der erste Diener des Staates“ ist der klassische Ausdruck der preussischen Idee. Faberitum und Volk wuchsen hier in den Jahrhunderten innerlich und äußerlich an ihrer Aufgabe. Auf diesem preussischen Boden entwickelten sich die größten politischen Kräfte, die Deutschland in dieser Zeit überhaupt hervorgerufen hat, der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm I., Friedrich der Große, Bismarck und die deutsche Erde: auch die fruchtbarsten philosophischen Gedanken eines Kant, Fichte und Hegel. Die Fingebare an das Ganze, das Zurückstellen des eigenen Ich, das ist der kategorische Imperativ des Preußen-

tums. Spengler sagt einmal: „Dienen und Gehorchen, das ist alt-preussischer Stil.“

Der preussische Staat hat seine Wurzeln im Rationalismus; er stellt eine Vermählung zweier Kolonisationen dar, derjenigen der Mark Brandenburg und derjenigen des Preußenlandes. Der preussische Staat ist der sichtbare Ausdruck der mittelalterlichen Siedlungsbewegung, er ist die Großtat des deutschen Volkes aus jener Zeit überhaupt. Der Weg des Staatswesens ist nun allmählig bekannt. Die Preußen liebte der zum Ritterorden umgewandelte Deutschorden und wurde ein geistliches Staatswesen, dessen Hohenstaufe die Marienburg wurde, der gemaltigte Profanbau im gotischen Stil. Dieses geistliche Staatswesen einer Rittergesellschaft, das zur Zeit seiner Blüte in 14. Jahrhundert von keinem anderen übertrifft wurde, zeichnete sich aus durch strenge Organisation der Verwaltung, unbedingten Gehorsam, strengste Zucht, Jückerlichkeit seiner dienenden Glieder und hochgradigen Sittlichkeit. Sie zerfiel schon im 15. und 16. Jahrhundert durch die Preußen geboten.

Aus diesen beiden Kolonialländern entstand der preussische Staat, der zwar im Sinne des Volkes und der Rasse kein einheitliches Volk aufwies, dessen Bewohner aber verstanden, eine einheitliche großartige Staatsorganisation aufzubauen. Die Zustände vor dem Herrschen des Großen Kurfürsten und bei seinem Ende sind ein glänzendes Beispiel vornehmer, zum Wohl der Staatsbedürftigen angemeßener Regierungskunst. Friedrich Wilhelm I. der typische Vertreter des königlichen Absolutismus, mühte sich die Herrschaftsverantwortung für sein Volk aus „Ich stabilisiere die Souveränität und setze die Krone tief wie ein Acherer die Bronze.“ Sein Sohn, der Große Friedrich, wog in aufsteigender Despotie dem Volke Wohlwollen auf und gewährte seinen Untertanen das höchste Maß persönlicher und geistiger Freiheit. „Das Staatsinteresse Preußens stand aber für alle drei Herrscher höher als das persönliche Interesse der Preußen.“

Von diesem Dreigestirn aus Himmel des Preukentums, dem Großen Kurfürsten, dem Sobotenkönig und dem Ältesten Krieger, wurde die Schöpfung des preussischen Staates als einer politischen Macht im Leben der Völker durchgebildet und beendet. Die Grundzüge dieser politischen Macht waren:

ein starkes Vorkriegsamt als ersten Staatsdiener, ein zuverläßliches Heer mit vorbildlichen Führern, ein juristisch festes Baugewerk mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsprinzip, eine feste Organisation von unerschütterlicher Ordnung, eine weitgehende Übung in den Dingen der Religion, Kunst und Wissenschaft.

Die Inhaber dieser politischen Macht dienten im wahren Sinne diesen Werten:

unausgesetzte Arbeit zum Besten des Volkswohlwols, kluges Erkennen der jeweils nötigen Aufgaben, Hinterlassung jeder Sonderinteressen, Botenhaltung der Pflichten, Gehorsam und Manneszucht vorberung bis zur Selbstaufgabe.

Das waren Dinge und Eigenschaften, die sie allerdings forderten, aber auch selbst erfüllten. Sie dienten mit in Reich und Griedel Alles was Preußen befaß, hatte es sich nach Jahren der ersten langen Kämpfe erarbeitet, es hatte nicht geerbt, denn es war Kolonialmacht. Die Preußen waren Arbeiter:

eiserner Ernst und weitgehende Umficht lagen in ihrem Wesen, arbeitswillig und anpassungsfähig waren sie, sie konnten sich einer Sache mit Leib und Seele hingeben, meisterten eigenhändig und nach Mühe und Schmerz in einer Räumlichkeit, die bis zur Genialität steig.

Dieses Preußen hatte Zucht Dignität Dredrahen hatte Haltung Dieses Preußen trug das männliche Prinzip Deutschlands Dieses Preußen entwickelte den nordischen Zug im deutschen Wesen.

Verfassung war noch kurz nach dieser geschichtlichen Schöpfung der Staatsstruktur die Gestalt des preussischen Menschen in seiner Sendung zu erfüllen. Ich zitiere hier Niekiel aus seinem Buche: „Entscheidung“:

„Der preussische Mensch ist kein Kind des Glücks; sanft, lümpflich und nachsüchtiger ist sein Wesen, rund und nicht sein Klima; gefahrlos reich seine Lage; im Wesen abdrückter, mächtiger und tauglichster Raubbau hat er sich zu behaupten. Er hat immer schwerste Aufgaben zu lösen; es genügt nicht, daß er sich ausbeutet; er muß immer tief hinter sich, hinter seinen Rücken sich die dauerhafte Schwere zur Verfügung. Es hat seine tiefste Bedeutung, daß Preußen nicht eine wackelige Gewachse, im Dunkel herangerastete Gründung ist; es entstand im Lichte der Geschichte wider alle Erwartung und Wohlwollenheit. Wir riefen den Schweiß, der auf diesem Werke klebt, und sehen stets die straff gespannten Muskeln seiner Schöpfer. Das preussische: „Ich Dien“ führt unmittelbar zum Kern des Staatsgedankens. Der Pflichtenbegriff ist der höchste Pfeiler der Existenz Preußens. Man muß sich fittiger Jacht beugen um Preußen sein; man ist es nicht aus Gründen freiwiltdender Natur. Erstellt die Pflichthaltung, dann erfüllt auch jegliche Erfüllung. Wo man leidenschaftlich, üppig, unbesonnen lebt, da ist man nicht mehr Preußen. (Dem Preussischen leucht nicht die Sonne des Südens; in Schwärze der Kraft und in rauber Luft ist es getaucht.) Als Preußen muß man allezeit zum Boden hin, man setzt sich ein, ohne an sich zu denken. Daher ist das Preussische ein reinlich Politisches. Man

steht als Preußen immer auf dem Sprung, sich selbst zu behaupten. Man liest das schiere Dilemma, es pflegt die männlichen Eigenschaften für Kunst und historisch-ethische Beobachtung hat man nicht less eia fürig. Ein Leben unter dem Zug eines solchen Schicksals ist immer ein Dasein voll herrlicher Spannung, Sittlichkeit, Erhabenheit und Ehre sind seine höchsten Maßstäbe. Es ist vor dem preussischen Geisteszustand lebensnotwendig, Ehre zu haben, es ist nicht lebensnotwendig, reich zu sein. Man verzicht nie, daß man sich großgehörig hat. Preußen ist: Ehrlichkeit, Sparsamkeit und Primordialität sind Reizkräfte dieses Wesens.“

Somit Niekiel!

Oben mir nun nach Schöpfung der preussischen Selbstständigkeitsentwicklung und nach der Werbung des in der ostpreussischen Landschaft neuzeitlichen preussischen Menschen zum gekulturbewussten Standpunkt über. Wir müssen für unseres Reiches Zukunft eine Selbstständigkeitsaufstellung gewinnen, die nicht nur getragen wird von der Spanne ein oder zweier Jahrhunderte, sondern von der Ganzheit des Deutschentums überhaupt. Wir müssen dabei über die brandenburgisch-preussische Erbanation hinaus die ganze tausendjährige Geschichte des Reiches erkennen lernen. Wir müssen, wollen wir den Wuchs des ganzen Baumes verstehen, immer wieder mit den Wurzeln beginnen.

Am großen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation erfüllt Deutschland zuerst seine große Sendung als Reich der Mitte. Jedoch dem Einfluß von Rom im Vernehmlichkeitsmilieu des Papsttums gegen den Norden ist das deutsche Kaiserium unterlegen. Die verhängnisvolle Selbstbehauptung der Absoluten trug den Gedanken des ersten deutschen Kaiserreiches zu Grunde, bis ein Kaiser in der Sarkophagen Reiterzeit VI. heute noch ein Besucher baunt, der gegenwärtige Kämpfer über die letzte Erinnerung an die mittelalterliche Reichsgründung beobachtet. Und es ist nur wieder gut, daß die deutsche Selbstbeobachtung, in der das alte Reichsbewußtsein nur noch schwach vorhanden war, während der 500 Jahre Verfall unter der Einwirkung der brandenburgisch-preussischen Geschichte geschahen hat. „Von hier aus hat sich die deutsche Selbstbeobachtung aufgerichtet. Daraus liegt die große geschichtliche Aufgabe Preußens für den gesamten Reich, der verlorengegangenen Reichsidee wieder Wirklichkeitsnähe geschenkt zu haben. Mit der Schlacht von Hohennelnsberg gab es wieder in Deutschland eine Macht, die, wie die Zeitgenossen sagten, die Bewunderung von ganz Europa erregte und die in vielen Kriegen ihre Innermittellichkeit behauptete. Nach der Schlacht von Hochstet, in der die Preußen die Franzosen schlugen, ging ein solches Reich aus Deutschland hervor. Man muß sich nach dem Carlische mare, es gab nur eine Kraft, die, wie die Armirkirkhäuser, des neuen Reiches bringere konnte: Preußen.“

So war dem Deutschentum, das in politischer Obmacht dem Schicksal der Griechen entgegenzugehen drohte, in Preußen die politische Kraft entfallen, die es emporhilt. Preußen stellte sich wieder in Führung für die deutsche Nation, und das preussische Heer brachte dem deutschen Volke nicht nur die Weisheit heim, die ein solches Reich dem Reiches der deutschen Nation gewesen ist. — Bismarck sprach das Wort von Blut und Eisen und das neue Reich entstand wieder auf dem Wiener Kongreß, noch in der Preussische zu Frankfurt, sondern auf dem Weidener Reichstags, noch in der preussische Reich persönlich in der blutigen der Schlachten, bei St. Privat und Groskolote, den Oberbefehl führte.

Nun mögen wir den Ausblick auf die Gegenwart des Deutschen Reiches. Wir erstehen 1918 den schändlichen Zusammenbruch und 1919 den noch schändlicheren Friedenvertrag. Auf das Preukentum hatten unsere Feinde im ersten Weltkrieg nicht ohne Kraft gerichtet, man wollte den preussischen Militarismus bekämpfen und traf darin Deutschland und, als dieses Militärkraft kramte, sank auch die Sonne des Zweiten Reiches. Das Deutschland, das in das Weltbild von Versailles eingebettet ist, reicht heute verkrampften Glieder und lacht über Scheitern in dem Vertrag von Versailles, aber beide haben sie Stärke und Erneuerungskraft beobachtet. Neben ist die Krone genommen worden, aber das Reich erhalten geblieben.

Unendlich reich ist die Mannigfaltigkeit des deutschen Wesens. Ein jeder Stamm hat seine eigenen herrlichen Wurzeln geschlagen. Wir bleiben das Volk der Denker und Dichter und Musiker. Der Deutsche ist der faulste Mensch, der immer wieder zu den Märiten hinabsteigen muß; aber er ist auch oftmals der unerschütterliche, er befaßt immer wieder den unerschütterlichen Antriebes, einer festen Führung, um zur Entfaltung zu gelangen.

Die Geburtslands des Dritten Reiches hat geschlagen. Keine Verträumtheit darf gebildet werden; dem Blick für das Carlische gilt es zu schärfen. Und wir werden zum Reubau unseres Reiches auf die Härte des Dientes zurückzuführen haben, die einstmals im Preukentum den Weg für Deutschland freimachte.

Preußisch ist: Weisheit und gehobener können. Preussisch ist: Entschlossenheit, Entschlossenheit, Preukentum ist immer noch ein Lebensprinzip, dem zu führende deutsche Wesen, man noch ein eigenes Prinzip, dem zu leben die besten nicht gut genug sind!

Was auch auf uns als Volksgemeinschaft warten konnte in Kämpfen und Opfern, selbst an Opfern von Leben und Blut, die gefordert werden können; sie werden alle dazu führen, daß das deutsche Volk gesunde an Leib und Seele und bereitet werden, einem Reuen zu dienen, das sich, so hoffen wir, allem Echten überwiegend offenbaren wird in einer Neugeburt von Gestattung und Gut.

Der polnische Aufstand in Posen.

18. Fortsetzung. Von Hermann Pischke.

„Gemeinhin betriff man von reaktionärer Seite, und zwar besonders von Seiten der Leute her, die das deutsche Volk heftig gegen das polnische aufgebracht haben, eine selbstwählige „Nation, um das deutsche Volk auch weiterhin gegen die Polen aufzuwecken.“

Zus dieser Quelle stammen alle Meldungen, die in den letzten Tagen die deutsche Presse über Gewalttätigkeiten von Legionären und von zurückkehrenden polnischen Soldaten gebracht hat.

Der Polemer Arbeiter- und Soldatenrat hat sich davon überzeugt, daß alle diese Meldungen, und zwar alle ohne Ausnahme, erdichtet wurden.

Wir wollen fest, daß im polnischen Osten überall Ruhe herrscht und daß der vollenstehende aufstehende Wirtschaftsbetrieb mit unserem Bestande in Ordnung gebracht wird.

Die Maßnahmen, die die deutsche Regierung aus Grund der Zeitungsmeldungen zum Zwecke des Schutzes eines Schutzes der Östergrenzen beschloß, hat, ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die regelmäßige Versorgung des Westens gegenmäßig von neuem in Frage gestellt. Es ist überflüssig, diesen Grenzschutz einer neu zu bildenden starken Armee anzuvertrauen, da die Grenzen überhaupt nicht bedroht sind. Zum Beweis fügen wir die Erklärung des Polemer Volksrates bei.

„Wir protestieren gegen die Absicht der deutschen Regierung, eine neue Armee nach dem Osten zu schicken, das das polnische Volk im höchsten Grade beunruhigt, weil es darin lediglich den Anfang einer neuen Politik der Faust erdichtet, die unter dem Vorwand des Schutzes der Grenzen die freibewilligen Regungen der polnischen Volkseile erstickt und die Vereinigung des polnischen Volkes unmöglich machen möchte.“

Wir protestieren gegen die geplante Vergemeinschaftung unserer Nation und erheben, daß wir nicht gegenwärtig „Artenanteile auf die Freiheit unserer Nation geschloßen aufgeben werden.“

200 000 Söhne unseres Volkes sind in den deutschen Reihen gefallen, der Rest der Männer im militärischen Alter befindet sich zum größeren Teile noch im deutschen Heer.

Wir wollen der Macht nicht Macht entgegenstellen. Wehrlos haben wir bereit in die Zukunft im Vertrauen auf unsere gute Sache. Im Namen der Vereinigten polnischen Arbeiter und Soldaten der Millionen Polen haben wir uns an den Herren Präsidenten der Vereinigten Staaten und die mit ihm verbündeten Staaten gewendet, mit der Bitte um Beistand und Gut für unser polnisches Volk. Wir sind absolut bestes gewiß, daß der Herr Präsident und seine Bundesgenossen einen nebrlichen Volke die Unterstützung nicht verweigern werden.“

Wir halten es für unsere Pflicht, die deutsche Zentralregierung von Obigen in Kenntnis zu setzen.

Dr. Geistlicher St. Abmalki. Adam Polswinski.“

Die Eingabe ist darauf berechnet, zu täuschen. Sonst könnte sie aber eben der Unschicklichkeit der Zentralregierung mit blanker Stirn nachzusehen. In dem Schlüssel ist es nicht nur zu übertriebener Unerschlichkeit. Die Absicht der Fassung des Poseners wird, selbst auch unerschrocken, ausgeprochen. In diese Stimmung und diese Verhältnisse hinein fällt der Besch Gerlach. Er fand vor; die Polemer Behörden, die ihre Macht völlig verloren hatten, den Polemer A. und S.-Rat, der ganz unter dem Einfluß der Polen stand, hatte hingelassen sich eine Regierung, die in unerschrockenen Vornieren die Ereignisse hinhinhalten wollte und noch sich die polnische Organisation, die völlig bedenkenlos die polnische Erhebung vorwärts trieb, genau auch für einen erfahrenen Staatsmann. Bei dem Charakter Gerlachs mußte man seinem Kommen von vornherein mit Sorge entgegengehen.

Von Gerlach in Posen.) Der Vorstand des Deutschen Volksrates war am 18. November zu einer Sitzung zusammengesetzt. Die übertragene Besprechung der Mitteilung, daß von Gerlach am morgigen Tage käme, um in offiziellen Beziehungen mit dem Deutschen Volksrat abzuhandeln, war im Auftrage der Regierung des Deutschen Volksrates abzuhandeln. Man wollte eben die Meinung ausverhandeln, als sei der A. und S.-Rat zur Wahrung der deutschen Interessen berufen, und die Deutschen hätten an ihm genug. Dagegen war der polnische Oberste Volksrat demnachtrichtig. Diese Zurückweisung wollte sich der Deutsche Volksrat nicht gefallen lassen. Er beschloß einstimmig, den Vorliegenden zu beauftragen, sich sofort bei Gerlach anzumelden und ihm in einer Zwiesprache die Beschwerden und die Wünsche der Deutschen vorzutragen.

Von Gerlach kam nie angekündigt. Die Führer der Polen hängten sich sofort an ihn. Beziehungen aus dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten folgten. Wir sind über sie nicht unterrichtet. Wahrscheinlich bestanden über die Verhandlungen amtliche Rückfragen. Sie sind heute jedoch vollständig der Öffentlichkeit gegenüber keine Mitteilungen gemacht worden. Zwischen der Unterregierung gelang es dem Vorpresidenten des Deutschen Volksrates, Herrn Dankbretter Houtermanns, Gerlach zu sprechen. Das Gespräch fand im Beisein mehrerer polnischer Herren statt. Von Gerlach schien gar keine Zeit für ihn übrig zu haben. Da reobte ihn der Vorpresident des Deutschen Volksrates an: „Herr Staatssekretär, haben Sie denn kein Wort für mich? Ich sehe hier im Namen einer sehr starken deutschen

Gemeinde von mindestens 70 000 Deutschen. Ich bin beauftragt, Ihnen unsere Wünsche und unsere Vorschläge für die Zukunft Posen's vorzutragen.“ Da wandte sich Hello von Gerlach ihm zu und sprach mit einer leichten Handbewegung wörtlich: „Ich haben kein Interesse mehr an Posen, als aus einer Versicherungsgesellschaft, und das auch nur auf kurze Zeit.“ Damit war die Unterredung abgebrochen und durch noch einigen Bemerkungen abgebrochen. Ich habe nicht mehr als zwei Sätze Gedächtnis wieder. Ich war dabei, als Herr Houtermanns im Vorlande des Deutschen Volksrates den Bericht ab. Er ist mir sehr im Gedächtnis geblieben. Die Worte Gerlachs lösten allgemeines Entsetzen aus. Ich habe sie mir sofort eingepreßt und seitdem hundertfach in Wort und Schrift benutzt, ohne daß ein Widerspruch gekommen ist. Die Entschärfung dieser Äußerung in dem gegebenen Sinne und in dem angeführten Zusammenhang steht also fest. Die polnische Presse, bestehende des Deutschen Volksrates noch und könnte diese Feststellung nur bestätigen. Sie ist zugleich die klarste und schärfste Formulierung der Gerlachischen Anschauung über die Provinz Posen. Sie kennzeichnet am besten den Geist, der ihn in der Verprechung leitete. Sie blickt aber auch aus allen übrigen Verlautbarungen heraus. Wo war also der Auftrag an Gerlach geblieben? Er hatte ihn entweder gar nicht angenommen oder sofort vergessen.

An demselben Tage fand in dem Rathaus zu Posen auch eine Versprechung mit dem A. und S.-Rat statt. Auch an dieser Sitzung nahm der Vorpresident des Deutschen Volksrates teil. Die Tagesordnung war ziemlich reichhaltig. Von Gerlach behandelte dort die Zuständigkeit der A. und S.-Räte, die Frage der Ablehnung von Beamten, die Sühntagefrage an Körperstrafen und Formationen usw. über die demnach die politische Seite der Verhandlung war. Der Polemer Tagblatt, Nr. 24, hat ein Bericht. Darin ist eine Erklärung von Gerlach enthalten. Sie heißt in ihrem Wortlaut wie folgt:

„Wir sind in Berlin überhäuft worden mit Nachrichten allerbeunruhigender Art. Die Polentrage ist die Frage der Zukunft. Sie ist weder eine deutsche, noch eine polnische, sondern eine internationale Frage. Alle internationalen Fragen werden vom Friedenskonferenzen entschieden werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll in keiner Weise vorgemerkelt werden. Die Bildung des Reichstages Ost ist nicht glücklich geworden. Er braucht überhaupt nicht organisiert zu werden. In den ersten Tagen sind noch einzelne Bänder eingedrungen. Es ist darum noch möglich gewesen, daß auch polnische Bauern und Besitzer das Interesse hatten, gefolgt zu werden. Heute möchte er wissen, ob man hier den „Reichstags Ost“ überhaupt für notwendig hält.“

Diese Erklärung zeigt die ganze Sinnesverwirrung von Gerlach. Als Vertreter der preussischen Regierung erklärt er ihre Unzulässigkeit in der polnischen Frage. Sie ist ihm eine Frage der Friedenskonferenz. Dabei konnte niemand in der Welt an der Einseitigkeit über das polnische Gebiet, das hier allein in Frage stand, einen größeren Anteil haben, als eine höhere Zuständigkeit beanspruchen, als die preussische Regierung. Der Reichstags Ost (Grenzschutz Ost) ist nicht glücklich geworden, ob das er auch heute noch für notwendig hält. Es ist darum noch möglich, daß auch polnische Bauern und Besitzer das Interesse hatten, gefolgt zu werden. Heute möchte er wissen, ob man hier den „Reichstags Ost“ überhaupt für notwendig hält. Diese Erklärung zeigt die ganze Sinnesverwirrung von Gerlach. Als Vertreter der preussischen Regierung erklärt er ihre Unzulässigkeit in der polnischen Frage. Sie ist ihm eine Frage der Friedenskonferenz. Dabei konnte niemand in der Welt an der Einseitigkeit über das polnische Gebiet, das hier allein in Frage stand, einen größeren Anteil haben, als eine höhere Zuständigkeit beanspruchen, als die preussische Regierung. Der Reichstags Ost (Grenzschutz Ost) ist nicht glücklich geworden, ob das er auch heute noch für notwendig hält. Es ist darum noch möglich, daß auch polnische Bauern und Besitzer das Interesse hatten, gefolgt zu werden. Heute möchte er wissen, ob man hier den „Reichstags Ost“ überhaupt für notwendig hält.

Das A. und S.-Räte aus der Provinz stiftet. Auf ihr wurde die Erklärung Gerlachs im Wortlaut vorgetragen. Es erhob sich heftige Angriffe gegen die Erklärung des Reichstags Ost. Die Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß die A. und S.-Räte nicht berodigt waren und auf bekannte Fälle verweisen. Ebenso wurde behauptet, daß der Grenzschutz Ost aufgegeben sei. Als die Stimmung Boden fassen sollte, nahm das Mitglied des A. und S.-Rates, der Pole Dr. Markbretter, der an den Verhandlungen im Kriegsministerium am 18. November teilgenommen hatte, das Wort. Er erzieht aus der Besprechung eine Entschloßenung angenommen, die wörtlich heißt:

„Die am 20. November im Rathaus zu Posen versammelten Delegierten der A. und S.-Räte der Provinz beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, die unter der Bezeichnung Reichstags Ost geplanten Maßnahmen unerschrocken rückgängig zu machen, da sie geeignet sind, Ruhe und Frieden in der Provinz aufzuheben zu gefährden.“ Die A. und S.-Räte in der Provinz sind ebenfalls in der Lage, in einmütiger Zusammenkunft der bodenständigen deutschen, polnischen und jüdischen Soldaten und der übrigen Bevölkerung den vollen Schutz an den Grenzen und im Innern der Provinz zu übernehmen. Die A. und S.-Räte der Provinz Posen erklären für den ganzen Umfang ihres Wirkens den Grundsat der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Nationale Streitigkeiten dürfen in den

*) Gerlach ist nicht, wie verbreitet ist in der letzten Zeitung erwähnt wurde, erst 1925, sondern schon im März 1919 aus dem Dienst ausgeschieden.

„A- und S.-Räten keinen Raum finden, Vertreter nationaler Minderheiten diesen aus ihm nicht verdrängt werden. Die A- und S.-Räte genießen über Rationalität die Freiheit des Wortes und des Versammlungsrechtes. Sie werden sich aller Orten für den Schutz der nationalen Minderheiten nachdrücklich einsetzen.“

„Die polnische Auffassung hätte sich also in der revolutionären Verwirklichung der Verfassung. Die Gegenströmung konnte nicht mehr auftreten.“

Die Entschliessung wurde allen Stellen der Regierung in Polen und Berlin zugestellt und in der Presse verbreitet. Nichtsdestoweniger hat der „Polnische Volkstaat“ sich vom 21. November noch einmal in einem Telegramm an Herrn von Gerlach gemeldet. Es ist nicht veröffentlicht worden. Aus der Antwort vom 23. November ist aber ersichtlich, daß die Polen noch einmal einen Vorstoß gegen die Entschliessung des Reichstages und die Entsendung von westlichen Truppen nach Ostpreußen hatten. Die A- und S.-Räte hatten, „im Auftrage des Staatsministeriums erwiderte ich vom 21. November, daß im Einverständnis mit den obersten Militär- und Zivilbehörden Polens die Entsendung von Truppen aus dem Westen unterbleiben ist. Die endgültige Regelung des Grenzschutzes soll in spätestens zwei Tagen im Einverständnis mit der Reichsregierung erfolgen. Eine frühere Entschliessung ist durch die Direktive des Reichs nicht überflüssig verbindlich.“ Die Polen haben also ein förmliches Entschuldigungsverfahren eingeleitet. Schon das allein hätte der Regierung die Augen öffnen müssen. Sie wollte aber nichts sehen.

Noch einmal hat von Gerlach in diesen Tagen zu den Polenern Vorgesagtes das Wort genommen. Er hatte dem Vertreter des Westfälischen Grenzschutzbüros eine Unterredung gemeldet, die durch die Presse verbreitet worden. Sie läßt die Auffassung und Selbsteinschätzung Gerlachs wiederum deutlich erkennen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin im Auftrage des Staatsministeriums wegen der beunruhigenden Nachrichten, die aus der Provinz Polen gekommen waren, am 19. November nach Babelsberg gefahren. Auf Grund der Feststellungen, die ich bei den deutschen Behörden dort ebenso wie bei den polnischen Organisationen und den gemeinsamen Körperschaften getroffen habe, ist zu sagen, daß glücklicherweise die Situation erheblich günstiger ist, als bisher vielfach nach den Meldungen in der deutschen Presse zu schließen war.“

„An den ersten Tagen nach dem 9. November sind allerdings an verschiedenen Stellen, namentlich an der Grenze, gewisse Ausschreitungen vorgekommen. Sie haben jedoch nirgends einen bedrohlichen Umfang angenommen oder längere Zeit gedauert. Durch gütliche Verhandlungen ist es in der meisten Fälle gelungen die Ordnung wieder herzustellen. So sind in vielen Fällen willkürlich abgelehnte Beamte wieder zugelassen und den Grenzpolizeibeamten abgenommene Waffen wieder zugestellt worden. Seit dem 14. November ist von Unruhe überhaupt nichts mehr zu melden.“

Die Tätigkeit der A- und S.-Räte vollzieht sich in den meisten Orten ordnungsgemäß. Die A- und S.-Räte arbeiten auf parteilichem Grundsatze. Infolge der Überzahl der Polen bei ihrer politischen Aktivität überwiegen allerdings der Zahl nach in den meisten Räten die Polen. Doch kann im allgemeinen gerade in diesen Räten ein harmonisches Zusammenarbeiten beider Nationalitäten festgestellt werden.

Die Lebensmittelfrage nach dem Westen ist vorübergehend in einzelnen Fällen ins Stöckchen geraten. Der polnische Volkstaat hat in einem Auftrage die polnischen Landwirte aufgefordert, ihrem Verpflichtungen nachzukommen. Bei der unbedingten Autorität, die der Volkstaat den Polen gegenüber besitzt, ist anzunehmen, daß dieser Aufforderung entsprochen wird.

Die Bestätigung, daß schon jetzt die Polen den Bestellungen des Friedenskongresses vorzuziehen würden, erscheint unbedenklich. In seinem Auftrage hat die A- und S.-Räte die polnische Presse ausdrücklich, daß der Friedenskongress die Belgierne Mission festzustellen habe.

„Zum 3. Dezember hat der polnische Volkstaat Wahlen zu einem „Kommunikationsrat“ ausgesprochen. Diese Wahlen sollen dem Volkstaat, der bisher kein ausdrückliches Mandat der polnischen Bevölkerung besitzt, ein solches beschaffen. Sie beziehen sich nicht auf bestimmte Gebiete, sondern auf die A- und S.-Räte. Der Rat soll sich in polnischen Vereinen organisieren. Der Zweck des „Kommunikationsrat“ ist es nicht, vorläufige staatsrechtliche Entscheidungen zu treffen.“

„Das Mißtrauen der Polen gegen die Deutschen ist unlegbar groß. Sie haben i. D. die Bevölkerung, wonach die bestehenden Gesetze vorläufig in Kraft bleiben sollen, dahin aufgefordert, daß auch alle antimilitärische Gesetze weiter in Kraft bleiben sollen. Jede Maßnahme der Regierung, die diese irrtümliche Auffassung durch die Tat widerlegt, wird außerordentlich beruhigend auf die Stimmung der Polen wirken. Im allgemeinen ist der Eindruck festzustellen, daß die Polen sich schon jetzt voll verantwortlich für die Zustände in den überwiegend von Polen bewohnten Landesteilen fühlen. Sie bemühen sich deshalb, die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Versorgung nach dem Westen nicht zu unterbrechen.“

„Wir teilen diese Verlautbarung in Polen mit größtem Staunen und mit Enttäuschung. Wir glauben in ihr die Äußerung eines gewissenlosen polnischen Agenten zu vernehmen, so sehr widerspricht sie den tatsächlichen Verhältnissen. In einem hat Gerlach recht. Er sieht, daß die Polen sich schon jetzt „voll verantwortlich in den überwiegend von Polen bewohnten Landesteilen“ fühlen, das heißt, daß sie die Macht in den Händen haben. Diese Feststellung hat ihn aber

zu keiner Maßnahme im deutschen Sinne veranlaßt. Ganz im Gegenteil. Sie klingt bei ihm nur als Entschuldigung. Er war ja selbst ein Wegbereiter für die polnische Machtübernahme.“

Kurz nach seiner Amtsentlassung fand von Gerlach in einer Berliner Verammlung Vorbereit über sein Verhalten in Polen gemacht worden. Er hat sich damit entschuldigend, daß der kommandierende General ihm bei der Abfahrt noch einen Adjutanten auf den Bahnhof nachgeschickt hätte, der ihn in seinem Namen auf die Auffstellung des Grenzschutzes nach ja zu verhindern. Es würde sonst leicht zu einem Mißverständnis kommen. Bei der Koppligkeit des hellerleuchtenden Kommandierenden Generals hätte er sich nicht so verhalten dürfen, aber bleibt trotzdem, daß die Polen, die mit allen Mitteln arbeiten, um einen ihrer Vertrauten in Offiziersuniform nachschicken und ihn zu täuschen. Das konnten sie wagen. Sie hatten ja von Gerlach im Voraus genügend kennengelernt und mußten nur zu gut, wie leicht er zu täuschen war; vielleicht, daß er sich gar täuschen lassen wollte. Solche Art Dinge aber auch wirklich zu fragen haben, so ist die Entschuldigend demnach schon an beiden Seiten, denn das Vergehen von Gerlach in seiner scharfen Äußerung liegt vor der Abfahrt von Polen. Was folgte, war nur die Anwendung.

„An diese Zeit fällt ein Besuch des „persönlichen Adjutanten“ des Herrn von Gerlach bei mir. Ich saß in meinem Arbeitszimmer mit der Schriftleitung der Polener Verzeiterung beschäftigt, als sich ein Herr in der Uniform eines Offiziers der Feldartillerie bei mir anmeldete. Er teilte mir, daß er früherer Verzeiter H. war, der von Gerlach persönlich beauftragt worden sei, mich zu besuchen und mich in besonderem Auftrage bereite. Er teilte mir mit, daß sein Auftrag wäre, eine Einigung zwischen Deutschen und Polen herbeizuführen. Er hätte mit dieser Arbeit bei der Verzeiterung angefangen, weil er müde, wie groß ihr Einfluß auf die Bevölkerung sei. Er wolle auch mich, als den Schriftleiter der Polener Verzeiterung, für den Gedanken gewinnen. Ich fragte ihn nach den bisherigen Erfolgen und der bisherigen Arbeit aus, er mochte mich genug anstellen. Er erst an einer Stelle Entgegenkommen gefunden hätte, im Verzeiterverein Zin hätte er der Verzeiter so weit bekommen, daß sie nichts gegen die Polen unternehmen würden, wenn die Polen sich selbst ruhig verhalten würden. An allen anderen Orten aber hätte er sich vergeblich bemüht. Er teilte mir mit, daß er Sozialdemokrat geworden sei und hätte seine Rollen und zeigte mir seine Zeitschriften. Eben so erzählte er mir, daß er auch ein Mitglied der polnischen Zeitschriften für meine Unterredung des polnischen H. war, und daß ihm bezüglich seines Auftrages, mich für den Plan von Gerlachs zu gewinnen, eine harte abweisende Antwort. Ich wies auf Gerlachs Verhalten in den Polen hin und forderte ihn auf, von Gerlach zu sagen, wie groß die Gerächung unter den Deutschen in Polen über seine gesamt Aufklärung gewesen sei, wenn er einmal nach Polen käme, würde das Deutschland in aller Öffentlichkeit den Deutschen Kampf gegen sie einleiten. Er versprach, diesen Auftrag auszuführen, da er Monis genug sei, seinem Herrn auch Unangenehmes zu sagen. Ich habe in Zukunft nichts mehr von dem eigenartigen Herrn, noch von dem viel eigenartigen Unternehmen des Unterstaatssekretärs gehört.“

Bei dieser Gelegenheit will ich gleich den Vorfall bereinigen, der wohl über die Grenzen Polens hinaus bei allen Deutschen und auch bei Ausländern Enttäuschung und Verachtung gegen die Person des Herrn von Gerlach ausgelöst hat, um später nicht mehr darauf zurückkommen zu müssen. Es ist die zu überaus beschämende Angelegenheit von Gerlachs Krankenbett. Er selbst hat sie bestritten und Unwohlsein vorgeschützt. Ich habe mich bisher zu der Angelegenheit nicht geäußert. Ich wollte die schwere Anfechtung nicht ohne ganz festes Zeugnis erheben. Jetzt bin ich in der Lage, die Feststellung eines Augenzeugen anzuführen. Sie lautet nun einmal, daß Gerlach im Krankenzimmer vor einiger Zeit aus der Stadt Polens herüber gezogen ist. Nach seiner Verstellung fällt die Krankenbettszene nicht in den ersten Befehl, sondern auf einen späteren Termin. Das würde sich auch mit der Eigenart der Polen decken. Sie sind leicht genügt, wenn die sie gründlich für ihre Zwecke ausgenutzt haben, dem Spott und der Verachtung preiszugeben, wenn er sich vergeltet hat. Von Gerlach hatte die Krankenbettszene in der Stadt Polens nicht stattfinden lassen. Jedemfalls hat man ihn dabei nicht vor gründlich ausgehört, sondern als die notwendige Stimmung künstlich erzeugt und, auch herbeigeholt. Dann brachte man ihn in völlig betrunkenen Zustände heraus an den Wagen. Gegenüber vor dem „Hotel de Rome“ stand der Augenzeuge, der damals hellschwarzem Hotelbetreiber war. Aus dem Wagen kam der polnische Herr, der „Potels de Rome“ und man sah, daß er sich in der Krankenbettszene befand. Der Augenzeuge sah von der Staatsferrie in seinen ganzen Kleid. Er war nicht einmal fähig, so lange zu stehen, bis der Wagen geöffnet war, und fiel neben ihn auf die Straße nieder. Man hob ihn auf und brachte ihn in den Wagen und schickte ihn auf den Bahnhofs. Man kann sich denken, wie sich die polnischen Herren über den gelungenen Trick der Verheimlichung. Sie aus Deutsche der Stadt Polen war das trotz der Verheimlichung. Die Krankenbettszene in der Stadt Polens. Auch bei den Ausländern fand er Abscheu. 1924 fand in Berlin eine internationale Konferenz statt. Dort erlaubte sich der Vertreter Englands auszuführen, daß Deutschland kein Ansehen der Welt durch seine Vertreter verlor hätte. Sie hätten sich betrogen wie die „Säue“. Als dazu „Maurice aus Zofien der Enttäuschung aus dem Saale kommt, rief er den Namen „Herr von Gerlach“ in den Saal hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Volksrat in Ostoberschlesien.

Die Zusammenkunftsbewegung innerhalb des Deutschtums in Ostoberschlesien ist einen großen Schritt weitergekommen. Nachdem in letzter Zeit schon in zahlreichen Orten der Wojewodschaft gemeinsame Versammlungen der Deutschen und der Jungdeutschen Parteien stattgefunden hatten, wurde am 29. September in Kattowitz in einer Rundgebung von den Rednern dieser beiden Gruppen übereinstimmend der Beschluß gefaßt, die alten Parteien aufzulösen und in einen Deutschen Volksrat nach dem Vorbild der Siebenbürger Sachsen eine einheitliche Deutschumsorganisation zu stiften. Die Deutsche Katholische Volkspartei (die sich bekanntlich nur kurzem in Deutsche Christliche Volkspartei umgetauft hat) hält sich diesen Bestrebungen noch fern. Die Folge ist, daß die zum Teil nur und unbeschreiblich an alten Parteistimmen festhaltenen Zentrumspartei einmündig den Zusammenbau in dem Maße des ostoberschlesischen Deutschtums verlieren. Es ist damit zu rechnen, daß die einseitigen und clerikal weniger gebundenen Führer dieser Partei den Rücken kehren und ihre Mitarbeit dem von der Deutschen und Jungdeutschen Partei angestrebten Volksrat zur Verfügung stellen werden.

Angesichts der fortschreitenden Teilung der deutschen Volksgemeinschaft in Ostoberschlesien lassen die Repräsentanten der polnischen Öffentlichkeit, also Behörden, Zeitungen und Verbände, eine zunehmende Kerosoloff erkennen. Was das bei krankhaft vorantastenden Menschen so überflüssig ist, äußert sich dies Kerosoloff in überfüllten, Verbotenen, Verboten und Maßnahmen ähnlicher Art. Nach der erwähnten Rundgebung der Deutschen Partei und der Jungdeutschen Partei in Kattowitz kehrten etwa 150 Besucher der Versammlung, durchweg junge Leute, deutsche Väter finden, im geschlossenen Zuge heim. In der Nähe von Bobanobühne wurde der Zug von einem großen Polizeiaufgebot angehalten, und 17 junge Deutsche wurden nachhals herausgeführt und verhaftet. Auch auf dem Wege zwischen Kattowitz und Siemianowitz wurden etwa 40 junge Leute von der Polizei angehalten, weil sie angeblich das Fort-Wesfel-Vied gelungen und der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht nachgegeben waren. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln vor. Auf der Straße nach Courabütte wurden gleichfalls Verhaftungsteilnehmer von der Polizei angehalten, weil sie im geschlossenen Zuge marschierten. In Courabütte, wo die Polizei ankam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Wie im amtlichen Bericht behauptet wird, wurden zwei polnische Polizeibeamte verletzt. Den Polen ist die große Kattowitzer Deutschumsrundgebung offenbar arg in die Knochen gefahren. Die Polizei nahm in Kattowitz selbst, in Courabütte, Siemianowitz und anderen Orten im Anschluß an die Rundgebung noch zahlreiche weitere Verhaftungen vor. Der Verhaftung hat sich eine starke Erregung bemächtigt.

Bei dem Abtransport der Zellengenommenen von Siemianowitz ins Untersuchungsgefängnis in Kattowitz haben sich herzerweichende Szenen abgespielt. Eine Mutter, deren Sohn verhaftet werden sollte, legte in ihrer Verzweiflung ihr kleines Kind auf den Bürgersteig und warf sich vor das fahrende Gefährtswa, das im letzten Augenblick den Führer nach angehalten werden konnte. Sofort sprangen Polizeibeamte hinzu, packten die auf der Erde liegende Frau an den Kleidern und Händen und riefen sie vorwärts zur Polizeiwache. In einer anderen deutschen Familie in Siemianowitz wurden zwei Kinder verhaftet. Der Vater wurde ebenfalls festgenommen, nach längerer Zeit wieder freigelassen und dann abermals festgenommen. Ein dritter, erst 15 Jahre alter Sohn konnte sich nur mit Mühe Befreiungen entziehen, die ihm ein Aufständischer zugesagt hatte.

Bauernunruhen.

Der Zentralverband der Landwirte hatte einen 14tägigen Eierstreik der Bauern gegen die höchsten Märkte Kongreßpolen und Galskuzin proklamiert. Der Streik war als Protest gegen die Preisdrückerei für ländliche Produkte gedacht. Die Bewegung ist nicht, wie es von amtlicher Stelle offenbar erwartet worden war, im Sande verlaufen, sondern es ist in einigen Orten teilweise ein wenig recht fähiger Boykott der höchsten Märkte gekommen. Der Bauernstreik war teilweise gut organisiert; die zu den größten Städten führenden Landstraßen waren mit Streikposten besetzt, um die Befriedigung der Wochenmärkte durch Bauern, die sich der Bewegung noch nicht angeschlossen hatten, zu verhindern. So waren z. B. auf dem großen Monogasmarkt in Sandomir überhaupt keine Waren erschienen. Die Dienstgasmärkte der Wojewodschaft wurden ebenfalls teilweise boykottiert. Die Behörden verfahren überall sehr durchgreifend, sie haben jedoch vielfach auf den energischen Widerstand der verpönten Bauern. Die leitenden Funktionäre des Zentralverbandes der Landwirte wurden z. B. verhaftet. Hierbei ist es u. a. in Reumarkt (Romy Carg) in der Wojewodschaft Krakow zu blutigen Zusammenstößen gekommen, als die Menge ihre verhafteten Führer mit Gewalt zu befreien versuchte. Bei einem Überfall auf eine Gruppe von Bauern auf eine Polizeistation unternommen haben soll, wurden drei Personen schwer und zehn leicht verletzt. Unter den Verhafteten befinden sich u. a. der frühere Landwirtschafmeister Siołarski und der Präsident des Zentralverbandes, Szymanski.

Hohe Strafen für einen deutschen Schriftleiter.

Der verantwortliche Redakteur der Kattowitzer Zeitung „Weber“, hatte sich wegen dreier Vergehen gegen das „Preßgesetz“ verantworten. Eines dieser Vergehen wurde in folgendem Satz erblüht: „Streichlich scheint aus den Reden Siliers hervorzugehen, daß er nicht der Ansicht ist, daß die Abgrenzung Polens der Idee des Nationalstaats entspricht.“ Der Bericht sah hierin eine „Verherrlichung von Gewalttaten gegen den polnischen Staat und einseitige Weber zu der unangemessen hohen Strafe von acht Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist (hierbei muß bemerkt werden, daß das Jugendstrafrecht der Bewährungsfrist nur ein Spiel mit Worten ist, da gegen Weber noch etwa 60 Prozesse wegen Preßvergehen anhängig sind).“ In einem zweiten Falle wurde ein Artikel „Patriotische Lieder“, der eine Polemik mit der „Polonia“ zum Inhalt hatte, beanstandet. Weber wurde, wegen großer Verletzung des polnischen Nationalgefühls“ zu acht Wochen Haft mit ebenfalls zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Im letzten Falle wurde in einem Artikel, der die polnischen Studentenausführungen in Kattowitz behandelte, beanstandet, daß die Kattowitzer Straßen mit ihren ehemaligen deutschen Benennungen aufgeführt wurden. Das Gericht erblüht hierin eine Verleumdung des polnischen Staates, obwohl Weber erkläre, daß die Kattowitzer Zeitung“ seit über zehn Jahren die Straßen dieser benenne und dies nie bemängelt worden ist. Das Urteil lautete auf vier Wochen Haft mit zweijähriger Bewährungsfrist.

Ukrainische Rundgebung in Poinisch-Wohgnien.

Das Kloster in Dopolow in der Wojewodschaft Wolhynien war dieser Tage der Schauplatz von Rundgebungen gegen den Metropolit der Orthodoxen Kirche Polens, die nach ihrer Trennung von Moskau einen ausgesprochen polenfreundlichen Kurs eingeschlagen hat. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläum des Metropolitens Dionys hatten sich beim Kloster etwa 300 Priester und 2500 Gläubige versammelt. Als nach dem Gottesdienst eine Dreyfeln stattfand, sollte, wurde auf dem Hauptturm des Klosters plötzlich eine große Flagge in den ukrainischen Nationalfarben aufgezogen; die Menge schenkte ukrainische Slogans unter feindseligen Rufen gegen den Metropolit und ukrainische Führer hielten Anreden an die Menge. Der Metropolit zog sich, einem Bericht der „Borostawskaja polska“ zufolge in die ukrainische Poinisch-Wohgnien und verblühte auf der Teilnahme an den für den folgenden Tag festgesetzten Sozialitäten.

Kein Geld für deutsche Arbeitslose in Polen.

In Alt-Berun sind schon wochenlang keine Unterstellungen an Arbeitslose ausgeht worden. Ein arbeitsloser Deutscher erhielt auf seine Beschwerde vom Bürgermeister die Antwort, daß zuerst die Polen an die Reihe kämen und nur, wenn etwas übrig bliebe, würden die Deutschen es erhalten. Gleichzeitig gab der Bürgermeister dem Deutschen den Rat, aus dem Deutschen Volksbunde auszutreten, dann würde es ihm bald besser gehen. Ein Kommando wurde der deutschen Arbeitslosen der ihnen für zeitweilige Arbeit mackende Lohn vom Gemeindevorsteher vorenthalten, wobei er von ihnen verlangte, sich zuerst aus der Mitgliederliste der Deutschen Partei streichen zu lassen.

Von Aufständischen mißhandelt.

Von ungefähr 20 Aufständigen wurde der 21jährige Gerh Einder aus Emmagrabs überfallen. Bei einem Spott mit einigen seiner Freunde fielen plötzlich die Aufständischen überher, drängten ihn zur Seite und verprügelten ihn mit schweren Eisen. Der Überfall ist darauf zurückzuführen, daß bei seinem Vater Grund einer Baumstamm eine Holzladung von einer Wache genommen wurde, wobei man jedoch nichts finden konnte.

Sünf weitere Offstreife zur Arbeitslosen.

Der Gesamtbereich der Arbeitslosen Raugard, die Landk Raugard, Greisenberg und Regenwäld, sind frei Arbeitslosen, während am 30. September u. V. noch über 1500 Raugard jugend bezahlt wurden. Der Reich hat sich bereits zur Entlastung der Raugardarbeiten beizugehen. Eine Holzladung von einer Wache Raugard aus dem Bezirk Raugard, konnten kürzlich dem Arbeiter Stettin vom Arbeitsamt Raugard einige Aufträge zur Befreiung von Kartoffelabgaben übermittelt werden.

Der Kreis Witom, der als Grenzkreis mit starkem Siliungsanwachs von jeder eine hohe Zahl von Erwerbslosen hatte, u. am 30. September als völlig frei von Arbeitslosen gemeldet, vor vier Wochen wurden mehrere 100 Arbeitslose gezählt. Am 29. September konnte der kommunizierende Landrat des Reichs Witom dem Oberpräsidenten berichten, daß der Kreis als erster schließlicher Kreis von allen männlichen arbeitslosen Volkshausvererbslosen, Arbeitslosen und Arbeitslosen Siliungsmängeln befreit ist. Die Winterarbeit ist bis zum 1. gelöst.

Endkampf in Ostland.

Wir haben bereits Gelegenheit gehabt festzustellen, daß es bei dem in Ostland stattfindenden Volksentscheid nicht so sehr um die einzelnen umfassenen Propaganden der Verfassung geht, deren Änderung der Freiheitskämpferentwurf verlangt, sondern um den anschließenden ersten Schritt zur Einführung eines Systems des Klassenkampfes, des „freien Spiels“ der Wirtschaftskräfte, des materialistischen Denkens und der politischen Korruption durch das Überगत der Erneuerungsbewegung. Wir haben fernerhin wiederholt darauf hingewiesen, daß im estnischen Volke der Boden für einen Erfolg der Freiheitskämpfer gut vorbereitet erscheint, daß diese selbst guten Grund haben, an einen Endsieg ihrer Bewegung zu glauben, und daß in den Reihen der bürgerlichen Gegenpartei eine Einheitsfront keineswegs mehr besteht. Zum Skandal in der Partei des gegenwärtigen Regierungsoberhauptes, der Nationalen Mitte, mehrere Ortsgruppen sind gegen die Politik der Parteiführung und für den Verfassungsentwurf der Freiheitskämpfer ausgesprochen haben, ist nachzutragen, daß eine der bedeutendsten dieser frontierenden Ortsgruppen als Antwort auf die Amtsenthebung ihres Ortsgruppenführers durch die Parteizentrale erklärt hat, der Ortsgruppenführer verleihe weiterhin im Amt, da er nach wie vor das volle Vertrauen der gesamten Bevölkerung hat. Es ist angesichts solcher Verfestigungserscheinungen im bürgerlichen Lager nicht weiter erlaublich, wenn der Propagandakampf für und wider die Verfassungsänderung von den Freiheitskämpfern einerseits und auf Seiten der Gegner allein von den Marxisten bestritten wird. Das Zentralkomitee der marxistischen Sozialistischen Arbeiterpartei hat in seinem Organ „Nobro Sõna“ einen Aufruf an die Wähler veröffentlicht, der das estnische Volk dazu warnt, keine Rolle freiwillig in die Schlinge zu treten, welche die Reaktion zu seiner Rettung bereithalte. Ein Erfolg der Freiheitskämpfer wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Volksherrschaft. Wer diese retten wollte, müßte helfen, den Salbismus auszurufen. Der Propagandablog nimmt, je näher die Entscheidung herantritt, an Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit zu. In den Wochenenden und an den arbeitsfreien Sonntagen reist eine Kavallerie von Volksermächtigten über das Land, die jeweils abhört werden. Es ist dabei wiederholt zu Versammlungseröffnungen gekommen, die sich ansehndem jedoch immer nur gegen die marxistischen Volkskämpfer gerichtet haben. Es liegen ebenfalls verschiedne Meldungen über tätliche Angriffe auf marxistische Propagandabereiter vor. Soweit die Presse sich überhaupt über den mutmaßlichen Ausgang des Volksentschiedes äußert, ist die Beurteilung beim nichtmarxistischen Teil der Zeitungen meist dahingehend, daß die bürgerlichen Wähler sich in ihrer Mehrzahl für die Verfassungsänderung aussprechen werden, da eigentlich nur die Marxisten dagegen seien. Was die Stimmung auf dem flachen Lande anbelangt, muß zugegeben werden, daß eine entscheidende Gewerkschaft gegen den Freiheitskämpferentwurf kaum vorhanden ist. Die Jungten benutzten in den letzten Tagen ihre eigene Unfähigkeit den sich abspielenden Ereignissen gegenüber durch die Zeit-

stellung, daß die eigentliche Stimmung der bürgerlichen Wählermassen noch keineswegs geklärt sei, so daß man über die Auswirkungen des Volksentschiedes auf dem Lande eine sichere Voraussetzung noch nicht machen könne. Der Massenauflauf, den die Freiheitskämpfer in ihren Versammlungen finden, und der häufig sehr feiernde Erfolg, den ihre Redner beim Volke haben, scheint jedoch das Gegenteil hinzuweisen, die Erneuerungsbewegung marschiert, und ihr Erfolg ist nicht mehr aufzuhalten. Auch wenn den Freiheitskämpfern Jäger, was man anzunehmen ist, beim bevorstehenden Volksentscheid der vollständige Sieg verlag bleiben sollte, so bedeutet das doch nur einen Aufschub, denn die Bewegung wird durch solche Widerstände an Kraft gewinnen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das estnische Volk das nächste Jahr wird im Reigen der europäischen Nationen, in dem der Gedanke der völligen Erneuerung zum herrschenden Durchbruch gelangt. Die deutschen Heimatsgenossen des estnischen Volkes, das estländische Deutschland, muß aus seiner Schicksalsverbundenheit mit der baltischen Scholle heraus diese sich anbahnende Entwicklung vorbehaltlos bejahen, denn es wird mit einem estnischen Volke, das sich auf seine gesunde Erbmasse beruft und den knöcheligen Ungeist einer überwundenen Vergangenheit beseitigt mit der heroischen Haltung einer neuen Zeit verfahren, schließlich auf beiden Seiten dieselbige Verbindung gelangen können. Ein solcher Ausgleich war bisher für das deutsche Baltentum ohne ein Abgeben in weitestgehende liberalistische Lebensformen und damit ein vorhinschiebendes Überweichen von der Stimmungsüberlieferung nicht möglich. Jetzt können auch diejenigen deutschbaltischen Kreise, in deren Reihen der abnehmende demokratische Zeitgeist der vergangenen 14 Jahre Verwirrung hineingetragen hat, sich wieder auf ihr Vaterland befragen und insbesondere auch die Richtung in der bisherigen politischen Führung des estländischen Deutschums, die auf eine Einführung der deutschen Front in das parlamentarische Kräftefeld der estnischen Demokratie hinausstrift, in steigendem Maße als Schließung erkennen. Der um die zukünftige politische Gestaltung der Heimat konträrte Entschiedenheitskampf kann für das estländische Deutschum sehr wohl die Wiederherstellung seiner weltanschaulichen und politischen Selbstheilbarkeit zur Folge haben und die erstrebte baltische Volksgemeinschaft Wirklichkeit werden lassen, die bisher durch die unheimliche Einheilung der deutschen Glieder zu der ihnen endgültigen Siege entgegenstehenden Erneuerungsbewegung in Frage gestellt war.

— 10 —

Berichtigung: In „Ostland“ Nr. 37 ist in dem Artikel „Jüdisch-marxistische Deutschsehe in Ostland“, Baron Waller von Sakh unter den Mitarbeitern des jüdischen Emigrantentblattes „Europa-Ost“ genannt worden. Wie uns Herr von Sakh mitteilt, entspricht das nicht den Tatsachen. Herr von Sakh ist Korrespondent der „Röfischen Zeitung“ und Rundreferent der „Rigischen Rundschau“.

Mitteilungen des BDO.

Der Bundesführer.

In den Bundesführerrat habe ich den Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Polen-Westpreußen, P. Jiebing, berufen.

Reichsstatthalter P. Gutsmuths, M. d. R., hat die Schirmherrschaft der Bundesgruppe Sachsen des BDO übernommen.

P. Alfred Pudeke, Leiter des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, hat die Abteilung Volksbuchführung bei der Bundesführung übernommen.

Dr. P. Pudeke.

Haus „Kurmark“.

Ville 14.	Übertrag: 1768,20 RM.
Ortsgruppe Roberg	20, „
Stadtdirektorat Müller, Glabbeek	4, „
Franks, Glabbeek	1, „
Wloch, Glabbeek	1, „
Darnick, Glabbeek	1, „
Krauß, Glabbeek	1, „
Wrofsch, Glabbeek	1, „
Hänel, Glabbeek	1, „
Hessmann, Glabbeek	1, „
Woh, Glabbeek	1, „
Engler, Glabbeek	1, „
Boedt, Glabbeek	1, „
Schöne, Glabbeek	1, „

Staub am 4. Oktober 1933: 1803,20 RM.

Buchbesprechungen.

Die magischen Wälder. Roman von Heinz Gumprecht. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh, 421 Seiten, 4,80 RM. — Es gibt schon eine ganze Reihe von Büchern, die das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien schildern. Gumprecht hat an diese Reihe ein ganz einzigartiges Buch angefügt. Er erlebt als Kriegsgefangener die russische Landschaft und den russischen Menschen mit der Tiefe und Aufgeschlossenheit, deren nur der fähig ist, der beide im Bilde miteinwärts zu erfassen und in Worten gefaßter wiederzugeben vermag. Rußlands tiefste Rußlands Seite ist begriffen als in den russischen Wäldern: Der einzelne gilt nichts, wie ein einzelner Bauer im Walde nichts gilt; und wie die Magie der Wälder, die alle Schrecknisse und alle überquellende Schönheit bergen, so liegen gleich wie Naturgemalt im russischen Volke alle Fähigkeiten zum Verbrechen wie zur Heiligkeit, zur urchenlosen Wildheit wie zu hingebender Mütterlichkeit. Diese Seele wird leben wie die Wälder leben werden — was auch mit Rußland geschieht. Dr. R.

Besucht den deutschen Osten!

ERSTE KLASSE

42. Preussisch-Süddeutsche (268. Preis.) Klassenlotterie

Ein Achtellos vs II.Nr. 398092 f

jetzt nur noch 3 RM!

Ziehung 1. Klasse am 20. und 21. Oktober.

Derufen Sie daher bitte jetzt Ihre Glück bei

Dr. Dörschke, Staatl. Lotterei-Einnahmeverwaltung

Berlin W 30, Oelbergstr. 6, im Postamt.

Postfachkonto: Berlin 352 22

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 1. Kl. am 20. u. 21. Oktober
 Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**
Stowina, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a,
Ecke Lützowstraße.
 früher in Katowitz, O.-S. Tel. Litzow 9880.

Veranstaltungen.

Erntegruppe Berlin-Süd. Monatsversammlung am Montag, 9. October, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Kleiner Markt“ in Neukölln, Bernauerstr. 213-219. Besprechung der neuen Mitgliedschaften und Wahlen. Vortrag des Herrn Roth unter der Überschrift: „Wie hat es den Zehnten in Ost-Deutschland?“
Erntegruppe Berlin-Nordost. Monatsversammlung im Vereinslokal Ostra See, Reinickendorfer-Feld, Heidenstr. 124, am Donnerstag, 13. October, abends 8 Uhr.
Erntegruppe Großhandlung. Monatsversammlung am Sonntag, den 8. October, nachm. 5 Uhr, im Vorderhaus 21 Paula, Sterneng. 1. Es spricht der Monatspräsident Herr G. G. G.

Familiennachrichten.

Verstorben. Reichardter Oswald Edwinovich 1 1/2 Jahre Herz des Königs, jetzt Oberlehrer, Glinzberg 5, am 13. 10., 49. Jahre. Beerdigung im Gottesacker am 12. 10., 80 U.; Scheiter 20 Uhr 30 in Strechitz bei Colbitz am 12. 10., 77 U.; Bestattung 11. 11. Hermann G. G. in Götterbach am 2. 10., 73 U.; Christophlicher 1. M. Karl Siegel in Colbitz am 1. 10., 70 U.; Frau G. G. G., Heide, Heideburger Str. 21 1/2, fr. Braunsch. am 10. 10., 68 U.; Frau Emma Siegel, Heide, Heideburger Str. 21 1/2, Berlin am 11. 10., 69 U.; Robert 20 Jahre, Heide, Heideburger Str. 21 1/2, Berlin am 23. 10., 50 U.

Das Abzeichen des Bundes Deutscher Ofen



Zum Tragen dieses Abzeichens sind nur diejenigen berechtigt, die im Besitz einer Mitgliedskarte des BDD. sind. Preis 0.50 M.

Bund Deutscher Ofen e. V.

Landesgruppe Berlin

Am Mittwoch, dem 18. October, dem Gedentag der Väterlichkeit nach Leipzig und dem Geburtstag des preussischen Dichters Heinrich v. Kleist, eröffnen wir unsere durch den Winter laufende Vortragreihe

„Die deutsche Nation und der Ofen“

mit einem Abend, an dem Dr. Georg Uebel, M. d. R., über

Der Ofen im Driften Reich

spricht. Der Vortrag findet im Harnack-Haus, Berlin-Dahlem, Schöneberg 16, statt und beginnt um 8 Uhr abends. Wir laden hierzu ergebenst ein.

Bund Deutscher Ofen, Landesgruppe Berlin

Dr. Ernst Otto Thiele

Eintrittskosten zu 1.— und 2.— M. (für 6 M., 66., 67. Studenten, 53. und 54. M. halbe Preise) sind zu beziehen durch den BDD, Berlin W 30, Mohrstr. 22, Fernspr.: B 5 Barbarossa 9061.
Fahrerverbindungen: direkt: U-Bahn, Zielplatz und Autobus 7, in der Nähe: Autobus 44 und 1.

6 v. H. Reichshuldbuchforderungen.

Die Rente der Reichshuldbuchforderungen nahmen in den letzten September-Wochen mehrerlei die alljährliche Steigerung. Schwächerer Jurens, sondern die letzteren indigenen (1942-1948), die einen erheblichen Aufschwung nahmen, in den Märzleistungen bei 10 v. H. der letzten Leistungen waren 2 v. H. mehr und letztere fünfzigsten waren dagegen vermindert, da die letzten letzten Leistungen für den Winter nach aktuellem Bestimmungswert waren. (Der allgemeinen kann nicht wohl schreien, dass in der nächsten Entwicklung der Rentenrate der Wert unter dem Wert und der letzten Wirtschaftsförderung am Winter kommt. Ziemlich die Zögerung der Rentenrate ist im allgemeinen nicht zu erwarten, dafür letztere Grände. Die Steuerentlastung für eine mittlere erwerbende Bevölkerungswirtschaft allgemein sein. Zusammen mit dem Reichshuldbuchforderungen hierzu werden getroffen werden, dass für sich nicht wohl beurteilen.

Am 4. 8. werden und folgende unrichtigste Bestandsliste für Reichshuldbuchforderungen genau:

I.		II.		I.		II.	
1942	99.9 v. H.	99.9 v. H.	1940	99.9 v. H.	99.9 v. H.	99.9 v. H.	99.9 v. H.
1943	97	97	1941	94	94	94	94
1944	94 1/2	94 1/2	1942	88	88	88	88
1947	88	88	1943	82	82	82	82
1948	80	80	1944	80	80	80	80
1949	87	87					

Zeichentafel/Bezugszahl: 1942-43 48 v. H., 1946-48 45 v. H.

St. Motormühle m 40 Hrg. Landwirthlich
 50 km von Berlin, nahe Stadt m 10 000 Einn. gel., Schweinemäzerei und Vohndreher, 35 P. S., Koblitz, 5 Kähe, 2 Pferde, ca. 50 Schweine, kompl. Anzucht, Preis 30 000 M., Hrg. 12 000 M. bis 15 000 M.
 Anfragen unter 3004 an das Ostland erbeten.

Eilt!
Landhaus
 mit großem Obstgarten und Grasbenutzung f. 3 Ziegen oder 1 Kuh, guter Stg für Rentner, schöne Gegend, gegen Sarpitz m. 3000 M., zu verkaufen. Anna Krotz, Schönwalde, Kreis Schönau a. d. Knauth, W. Viegny.

Haus
 3 Zim., Stall, Scheune, Gletsch. 100 m, 6 Morgen, Garten, Ader, Wiese, feines Holz f. Rentner, Pensionär. Circa 50 km von Berlin, Hagenh. 33000 M., kompl. Anzucht, Hirtengarten
Stiltschind
Bild-Regel
 Willmudeweg 10.

Wer kennt
 die jetzige Adressen:
 1. des Herrn Stefan Weimann aus Lomvi, Kreis Stinnow.
 2. des Herrn Robert Steinke aus Neuhof, Kreis Stuhm?
 3. des Herrn Rudolf Kades, welcher noch 1922 beim Finanzamt in Bismarcksgenossen ist. Es handelt sich um die Emigrantensteuer. Gef. Angaben unt. 3004 an das Ostland erbeten.

Existenz
 Restaurant mit Weinhandlung, Kerkelstr. 23, Charlottenburg, dreizimmerig, Bad, erforderlich 2000 M., vert. Schmidt, Neukölln, Thüringer Str. 23.

Pr. Klass.-Lotterie Lose 1. Kl.
Lütlitz Staatl. Lotter-Einnahme
 Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza)

Oftmärker! Provitionsfrei! Glänzende Existenzen!

Anzahlung M.
 Wohn- und Geschäftshaus mit Biererleg u. Saurkechfabrik in bekannter Stadt d. Provinz Sachsen n. Verding. 19 000
 Landhaus-Billa im Bekant. Solo-Bad Berlin (ehemalig) 19 000
 Wohn- und Geschäftshaus (Eckgrundstück) in Treuburg (Potsd.) 27 500
 Landhaus in Wirtz. (im landsh. munderrollen Vogel) 18 000
 Bäckereigrst. in bedeut. Luftkurort Thüringens n. Verding. 40 000
 Landhaus-Billa, oberbayer. Stils, i. bekannt. ostl. Kaufst. n. Verding. 15 000
 Mch.- u. Olmühle u. Schlägerei (50 Cagesstg.) m. Wohnhaus in bedeutend. Stadt der Niederlausitz 40 000
 Villa (7 Räume) in Wernigerode (Sachl.) 15 000
 Villengr. in Friedland (Merkl.) 12 000
 Villa in eulsh. Luftkurort b. Stettin (12 Zimmer) 15 000
 Geschäftshaus m. gutland. Kleiserei in Bitterfeld 22 000
 Villengr. in Ogin (Kauf. Geb.) Ruitaus mit neuzeitl. Einrichtung. (12 Zimmer) u. d. Peripherie von Dresden 30 000
 Landhaus-Billa (11 Räume) im Riesengebirge 12 000
 Fabrikgrst. m. Wohnhaus-Billa i. Industriecor. d. Erzgeb. n. Verding. 15 000
 Wälderhülle (Sachl.) im Kreis Gersdorf i. d. Prov. Sachsen 9 000
 Villa in vornehmher Lage der ehem. Residenzstadt Dessau 12 000
 Landhaus a. d. Peripherie einer bedeut. Stadt Meckl. n. Verding. 15 000
 Pensionvilla (19 Räume) im Riesengebirge 15 000
 Wohn- und Geschäftshaus a. d. Peripherie v. Berlin m. Kollonialwarengeschäft eincht. Filiale am gleichen Ort u. Wälderbetrieb i. d. Umgebung 15 000
 Fruchtbaum- u. Brennholzfabrik in gemieteten Räumen bei Berlin Preis: 10 000
 Hotel- u. Restaurationsgrst. m. Café Nähe Potsdamer 18 000
 Landhaus-Billa in der Zeuzmer n. Verding. 15 000
 Villengr. bei Bad Warmbrunn im Riesengeb. 25 000
 2 Landhaus-Villen in Rabenberg (Sa.) 18 000
 Geschäftshaus m. Kohlen- u. Kartoffelhandl. i. d. Grenzmarkt, Nähe Steina (Ober) 25 000
 Landhausgrst. (8 Mg. Wiese), 5 Hrg. Obst- u. Gemüsegarten, Nähe Eberswalde (ostl. Kaufst.) 11 000
 Geschäftshaus i. bedeut. Industriecor. d. Thüringens 50 000
 Landhausgrundstück b. Potsdam (5 Zimmer) 10 000
 Herrsch. Villa u. Seilzucht u. Gärtenhaus in Berlin-Reinickendorf 45 000
 Hotel i. Helsen-Kauff. (Sabotal) n. Verding. 15 000
 Fabrikgrst. (bisher Apparate- u. Kesselbau) in Coswig, Prov. Dresden 10 000
 Bild-Projekte kostenfrei durch:
KOCH & Co., Berlin W 35
 Döberbergstraße 1. Tel.: 82 Lützow 9333.